

Wir leben Vielfalt!

Wege zur Interkulturellen Öffnung





Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Bürgertelefon



Montag bis Donnerstag 8-20 Uhr
Sie fragen – wir antworten!

Rente

030 221 911 001

Unfallversicherung/Ehrenamt

030 221 911 002

Arbeitsmarktpolitik und -förderung

030 221 911 003

Arbeitsrecht

030 221 911 004

Teilzeit/Altersteilzeit/Minijobs

030 221 911 005

Infos für behinderte Menschen

030 221 911 006

Europäischer Sozialfonds

030 221 911 007

Mitarbeiterkapitalbeteiligung

030 221 911 008

Bildungspaket

030 221 911 009

Gehörlosen/Hörgeschädigtenservice

E-Mail

info.gehoerlos@bmas.bund.de

Fax

030 221 911 017

Gebärdentelefon

gebaerdentelefon@sip.bmas.buergerservice-bund.de

Editorial	4
Thema	
Wir leben Vielfalt!	
Wege zur Interkulturellen Öffnung	
Wichtig sind konkrete Ziele	5
Handlungsempfehlungen zur Interkulturellen Öffnung	6
Sprachliche Vielfalt erwünscht	7
„Wir müssen auf die Straße“	9
Vom ich zum du zum wir	11
Migranten mit Behinderung oft zwischen allen Stühlen	12
„Miteinander leben“ baut Barrieren ab	13
„Das Glas ist halb voll und halb leer“	15
„Wir lernen voneinander“	17
Tutoren helfen, heimisch zu werden	18
Eine Gesellschaft der Vielfalt	20
Ein Klima, in dem sich jeder willkommen fühlt	21
Wildwasser e. V.: Gute Erfahrung mit der Quote	21
Türkischkurse zur Weiterqualifizierung	21
Sozialpolitik	
Energiekosten fair verteilen!	22
„Menschen nicht im Dunkeln sitzen lassen“	22
Armut erreicht Rekordhoch	23
„Unterstützung für die Versicherungsbranche“	24
Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit	25
„Betroffene müssen gehört werden“	26
Schwerkranke zur Kündigung gedrängt	26
Verbandsrundschau	
„Meilenstein praxisorientierter Forschung“	27
Die Gewinner des Deutschen Sozialpreises 2012	28
Patienten stehen im Mittelpunkt	29
„Kultur macht stark“ – wir machen mit	31
Höchste Auszeichnung des Landes Hessen für Barbara Stolterfoht	31
„Armut raubt Kindheit!“	32
Forum	
Berufe mit Zukunft	33
Toolbox unterstützt Sozialbetriebe bei Fachkräftesicherung	33
was · wann · wo	34
Filmbesprechung Impressum	35



Foto: Bernd Schüller



Foto: Jakob Huber | Compact



Foto: Adrian Stähli



Professor Dr. Rolf
Rosenbrock,
Vorsitzender des
Paritätischen
Gesamtverbands

Liebe Leserinnen und Leser,

die Einflüsse ausländischer Kulturen bereichern unser Leben in zahllosen Bereichen und seit ewigen Zeiten. Sei es in Handwerk, Sprache, Technik, Musik, Kunst, Literatur oder Gastronomie – ohne all dies erschiene mir das Leben hierzulande doch recht karg und monoton. Doch nicht nur die Einflüsse fremder Kulturen mag heute kaum jemand entbehren. Wir können es uns auch weder gesellschaftlich noch wirtschaftlich leisten, auf die Potenziale von zugewanderten Menschen zu verzichten. Es ist daher notwendig, dass wir uns nicht nur kulturell, sondern auch demokratisch und menschlich zur Offenheit bekennen. Viel zu lange ist – gegen die Fakten – behauptet worden, Deutschland sei kein Einwanderungsland, viel zu lang ist in unserem Land ein Negativbild ausländischer Menschen kultiviert worden. Bezeichnenderweise ist Deutschland in der Pisa-Studie bei der Integration von Zuwanderern Schlusslicht. Zuwanderung ist nötig, um den demografischen Wandel abzumildern und den Bedarf an Fachkräften zu sichern. Zugleich kommen im Rahmen der humanitären Zuwanderung Flüchtlinge nach Deutschland, die eine sichere Zuflucht suchen. Ihre rasche Integration ist im Interesse beider Seiten. Es gebieten die Grund- und Menschenrechte, den zugewander-

ten Menschen die gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

Der Paritätische mit seinem Motto „Offenheit, Vielfalt, Toleranz“ ist prädestiniert für diese Aufgabe. Daher stellen wir uns nun auch ganz aktiv die Frage: Wie können der Verband und seine Mitgliedsorganisationen Zugangs- und Teilhabebehindernisse für Menschen mit Migrationshintergrund abbauen, die Vielfalt in der Gesellschaft in der Mitarbeiterschaft angemessen abbilden und die Beschäftigten befähigen, Menschen unterschiedlicher Herkunft wertschätzend und anerkennend zu begegnen?

Viele unserer Mitgliedsorganisationen haben darauf bemerkenswerte Antworten gefunden. Einige davon finden Sie in diesem Heft. Dabei gibt es kein Patentrezept zur interkulturellen Öffnung. Denn klar ist: Die Migrantin und den Migranten gibt es nicht. Sowohl was die Herkunftsländer betrifft wie auch die Zuwanderungsgeschichte und die Qualifikation gibt es große Vielfalt.

Bildung stellt traditionell einen hohen Wert bei Menschen mit Migrationshintergrund dar – als ein Mittel, in der Aufnahmegesellschaft erfolgreich zu sein. Menschen mit Migrationshintergrund gewinnen damit in der deutschen Gesellschaft sowohl als Neu-Zugewanderte wie auch als Einheimische mit

Zuwanderungsgeschichten immer mehr an Bedeutung. Hier liegt ein hohes Potenzial für Arbeitgeber auf der Suche nach den Fachkräften von heute und von morgen.

Doch nicht nur diese Entwicklung macht die bundesdeutsche Bevölkerung immer vielfältiger und vielschichtiger: Gesellschaftliche, demografische und wirtschaftliche Strukturen führen zu immer größerer Heterogenität der Lebenslagen und der Lebensentwürfe. In der heutigen Gesellschaft gehören hohe Flexibilität und auch Mobilität ebenso dazu wie die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen – und dies nicht nur für den oder die Einzelne, sondern auch für ganze Organisationen. Es geht darum, diese gesellschaftliche Vielfalt als Verband aktiv mitzugestalten. Dieses Heft bietet einen Einblick, wie sich Mitgliedsorganisationen im Paritätischen bereits auf den Weg machen, um den Prozess der interkulturellen Öffnung in den eigenen Strukturen zu gestalten und was Gesamtverband und Landesverbände sich diesbezüglich vorgenommen haben.

Herzlich Ihr
Rolf Rosenbrock

Wichtig sind konkrete Ziele

Prozesse der Interkulturellen Öffnung gestalten

Ob soziale Arbeit, Gesundheitswesen oder Altenhilfe – die Interkulturelle Öffnung von Organisationen, Einrichtungen und Behörden ist eine zentrale Aufgabe, die auch den Paritätischen und seine Mitgliedsorganisationen vor neue Herausforderungen stellt.

In Deutschland haben rund 16 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt fast 20 Prozent. Trotzdem sind in allen wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen Menschen mit ausländischen Wurzeln immer noch von unterschiedlichsten Formen der Ausgrenzung betroffen. Interkulturelle Öffnung soll dem entgegenwirken. Ihr Ziel: Alle in dieser Gesellschaft lebenden Menschen sollen einen chancengleichen Zugang zu Leistungen und Angeboten des Staats, freier Träger, sozialer und kultureller Infrastruktur haben.

Bezogen auf den Paritätischen bedeutet dies, dass der Verband es als seine Aufgabe ansieht, in seinem Bereich dafür Sorge zu tragen, dass in allen Feldern der sozialen Arbeit die Angebote von allen Teilen der Bevölkerung gleichermaßen genutzt werden können. Derzeit noch bestehende Zugangsbarrieren für Menschen mit Migrationshintergrund müssen von den Einrichtungen und Diensten abgebaut werden. Besonderes Augenmerk gilt es dabei auf jene Menschen zu richten, die sozial, wirtschaftlich, aufgrund einer Behinderung oder im Hinblick auf Bildung benachteiligt sind.

Konkrete Zielstellungen

Das Schlagwort der Interkulturellen Öffnung (IKÖ) findet sich bereits in einer Vielzahl von Konzepten, Leitbildern und Projekten im Paritätischen und seinen Mitgliedsorganisationen – nun jedoch vermehrt untermauert mit konkreteren Forderungen, Zielstellungen und Präzisierungen. Als programmatisches Ziel hat die IKÖ inzwischen auch ihren Weg in einige Landesgesetze gefunden – wie in Berlin und Nordrhein-Westfalen – und wurde in

Förderrichtlinien von Bundes- und Landesprogrammen eingebunden. Maßnahmen zur Interkulturellen Öffnung erhalten so Zug um Zug immer mehr Verbindlichkeit. So hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege beispielsweise im Rahmen des Nationalen Aktionsplans Integration 2012 einen Großteil der dort abgegebenen Selbstverpflichtungen mit konkreten Zielstellungen im Bereich der Interkulturellen Öffnung geleistet.

Erweiterter Kulturbegriff

Parallel zu den Prozessen Interkultureller Öffnung ändert sich auch das Verständnis von Kultur. Im Gegensatz zu einem starren und verengten Kulturbegriff, gehen die verbandlichen Positionierungen zur IKÖ von einem weiter gefassten Kulturverständnis aus: Es ist nicht allein an eine ethnische oder nationale Herkunft gekoppelt, sondern begreift Kultur als Alltagspraxis, die sich immer wieder verändert, mehrdeutig und widersprüchlich sein kann. Nach diesem Verständnis geht es bei interkulturellen Öffnungsprozessen daher auch nicht allein um das Miteinander von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, sondern um den Umgang mit Vielfalt generell – mit all ihren Facetten: seien es geschlechtliche Orientierung, unterschiedliche Altersgruppen, die Zugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft oder eine Behinderung.

Besonders wichtig ist dabei, dass die Potenziale, die sich aus der Vielfalt ergeben, Wertschätzung erfahren: durch eine Kultur der Anerkennung, die in Mehrsprachigkeit, in der Zusammenarbeit multikultureller Mitarbeiterteams und in interkultureller Kompetenz einen Gewinn für die gesamte Gesellschaft sieht. Diese Haltung spiegelt sich auch in

den Leitlinien des Paritätischen Gesamtverbands zur Interkulturellen Öffnung wider, die im April 2012 verabschiedet worden sind und sich ausdrücklich an den Gesamtverband und die Landesverbände richten. In verschiedenen Positionierungen hat sich der Verband bereits zuvor zur Notwendigkeit der Interkulturellen Öffnung und zur Wertschätzung von Vielfalt bekannt. Die Leitlinien verfolgen das Ziel, die bisher geleistete Arbeit zur Interkulturellen Öffnung zu systematisieren und eine stärkere Verbindlichkeit der interkulturellen Arbeit im Verband zu erreichen. Daher beschreiben sie konkrete Handlungsschritte für die Bereiche Organisationsentwicklung, Personalpolitik, Öffentlichkeitsarbeit sowie Kooperation und Vernetzung. Und sie sind nicht nur auf geduldiges Papier gedruckt: Ende 2013 soll bereits eine erste Zwischenbilanz zur Umsetzung gezogen werden.

Querschnittsaufgabe

Die Leitlinien verbinden dabei zwei Handlungsebenen: die verschiedenen Handlungsfelder sozialer Arbeit von der Kinder- und Jugendhilfe über den Gesundheitsbereich bis zur Altenhilfe und die Ebene des Verbands mit seinen haupt- und ehrenamtlichen Strukturen. Als Querschnittsaufgabe betrifft die Interkulturelle Öffnung alle Fachberei-



Katharina Alich,
Referentin für
Migrations-
sozialarbeit beim
Paritätischen
Gesamtverband

Foto: Sergio
Cortés

che des Paritätischen. Die Leitlinien zielen zum einen darauf ab, Entwicklungen in den Prozessen der Interkulturellen Öffnung sichtbar zu machen und Formen der Messbarkeit zu finden. Zum anderen bauen sie aber auch ganz dezidiert darauf auf, Menschen mit Migrationshintergrund und ihre Organisationen an den verbandlichen Strukturen zu beteiligen, ihre vielfältigen Potenziale, Kompetenzen und Res-

ourcen zu nutzen. Besonders hervorzuheben ist hier die Unterstützung durch das Forum der Migrantinnen und Migranten, das 2007 als Interessenvertretung der mehr als 100 Migrantenselbstorganisationen im Paritätischen gegründet wurde. Seither gibt es dem Verband immer wieder wichtige Impulse für seine Arbeit und Weiterentwicklung – längst nicht nur in Fragen der Interkulturellen Öffnung.

In zahlreichen Mitgliedsorganisationen wird ein wertschätzender Umgang mit Vielfalt bereits gelebt, ist Interkulturelle Öffnung schon Alltag. Die vielen positiven Erfahrungen, die dabei gemacht werden, sind inspirierend und ermutigend. Und geben jenen Rückenwind, die sich noch auf dem Weg befinden.

Katharina Alich, Referentin für Migrationssozialarbeit beim Paritätischen Gesamtverband

Handlungsempfehlungen zur Interkulturellen Öffnung*

1. Interkulturelle Öffnung als Teil der Organisationsentwicklung

■ Interkulturelle Öffnung in das bestehende Qualitätssystem aufnehmen

Interkulturelle Öffnung wird als ein Qualitätsmerkmal professioneller Verbandsarbeit im Sozial- und Pflegebereich angesehen. In Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und deren Mitgliedsorganisationen wurde für den Paritätischen Gesamtverband im Bereich Migration ein Qualitäts-Check PQ-System Migration erarbeitet, der den Landesverbänden und deren Mitgliedsorganisationen zur Verfügung steht. Daran anknüpfend wird das bestehende Paritätische Qualitätssystem PQ-System auf Anforderungen von interkulturellen Öffnungsprozessen hin geprüft und dementsprechend Elemente des PQ-Checks Migration in die bestehenden PQ-Checks des Paritätischen eingearbeitet.

■ Einrichtung von fachübergreifenden Koordinierungsgruppen für Interkulturelle Öffnung

Um die bisherigen Aktivitäten zur Vertiefung der interkulturellen Öffnungs- und Orientierungsprozesse als Querschnittsaufgabe in den verschiedenen Verbandsebenen auch zwischen den Fachbereichen stärker zu strukturieren, wird angeregt, für einen befristeten Zeitraum auf Ebene der Hauptgeschäftsstelle und der Landesverbände referatsübergreifende Koordinierungsgruppen einzurichten.

■ Einführung eines Monitorings zu Prozessen der Interkulturellen Öffnung

Die Wirksamkeit der Prozesse Interkultureller Öffnung ist nicht ohne Weiteres zu messen, da es sich um komplexe und langfristige Prozesse handelt. Um ein begleitendes Monitoring im Bereich der Interkulturellen Öffnung im Verband zu schaffen, nehmen die Hauptgeschäftsstelle und die Landesverbände im Rahmen des jährlichen Berichtswesens die Erfassung von Aktivitäten zur Interkulturellen Öffnung als referatsübergreifendes Thema in ihre Jahresberichte mit auf. Die Auswahl von entsprechenden Indikatoren hierfür sowie eine Auswertung können in den Koordinierungsgruppen erfolgen. Relevant können unter diesem Aspekt zum Beispiel sein: Aktivitäten in den Bereichen konzeptionelle Arbeit, Qualitätssicherung, Fortbildungen, Kooperationen mit Migrant*innenorganisationen sowie die Zahl der Mitarbeiter/-innen mit Migrationshintergrund.

2. Personal- und Einstellungspolitik

■ Förderung multikultureller Mitarbeiterteams

■ Berücksichtigung der interkulturellen Kompetenz als Einstellungsmerkmal

■ Durchführung interkultureller Fortbildungen für die Mitarbeiter/-innen

3. Öffentlichkeitsarbeit

■ Interkulturelle Ausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit

Die nach innen und nach außen gerichtete Öffentlichkeitsarbeit soll die Vielfalt von Lebenslagen und -entwürfen abbilden und das inklusive Verständnis des Verbands fördern. Um den Prozess der Interkulturellen Öffnung auch nach außen deutlich zu machen, wird empfohlen, Veröffentlichungen des Verbands auf Verständlichkeit und ggf. auf Notwendigkeit zur Mehrsprachigkeit zu prüfen. Es ist zu berücksichtigen, wie Menschen mit Migrationshintergrund dargestellt werden. Ziel ist hierbei die Repräsentanz aller Bevölkerungsgruppen und die Anknüpfung an ihre Ressourcen.

4. Kooperation und Vernetzung

■ Stärkung der Zusammenarbeit mit Migrant*innenorganisationen

Um die Ressourcen von Migrant*innenorganisationen stärker zu nutzen, wird auf Landesebene geprüft, ob weitere Servicestellen eingerichtet oder Qualifizierungsmaßnahmen für Migrant*innenorganisationen angeboten werden können. Zudem wird empfohlen, die Vernetzung des Verbandes und seiner Mitgliedsorganisationen mit Migrant*innenorganisationen zu stärken und die Zusammenarbeit über Kooperationen verbindlicher zu regeln.

(* stark gekürzte Version, Originalversion auf www.migration.paritaet.org)

Sprachliche Vielfalt erwünscht!

Vorurteilsbewusste, mehrsprachige Erziehung in den VAK-Kitas

Rund ums Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg wachsen besonders viele Kinder bei Eltern auf, deren Muttersprache Türkisch ist. Die Kindertagesstätten in dieser Gegend stellt das vor spezielle Herausforderungen: Wie lässt sich das Miteinander von Kindern unterschiedlicher Herkunft gestalten? Und wie die Sprachförderung? Seit fast drei Jahrzehnten zeigt das der kleine Berliner Träger VAK e.V., mit zwei viel beachteten, preisgekrönten Kindertageseinrichtungen.

Die Geschichte hat Edith Giere beschäftigt – aber eigentlich nicht überrascht. Ein türkisches Elternpaar hatte sich an die Kita-Leiterin gewandt, besorgt darüber, dass seine Tochter in der Kita nicht spreche. Obwohl schon länger in der rein deutschsprachigen Kindertagesstätte untergebracht, sei ihr dort noch kein Wort über

die Lippen gekommen. Dabei sei es doch so wichtig, dass das Kind Deutsch lerne, für die Schule, für den weiteren Lebensweg! Erst als das Mädchen in die mehrsprachige Europa-Kita des VAK e.V. wechselte, blühte es auf. „Damit Kinder sich angenommen fühlen, ist es wichtig, dass sie sich in der Sprache, in der sie denken und fühlen, äußern dürfen und

verstanden werden“, sagt Edith Giere. „Die Anerkennung ihrer Identität ist doch der Grundstein dafür, dass die Kinder überhaupt lernen.“

Kinderrechte auf Deutsch und Türkisch
Wer das Foyer der in einem Kreuzberger Hinterhof gelegenen, 2002 eröffneten Europa-Kita betritt, sieht gleich:

Anzeige

Office-Lösungen

brother
at your side

EFFIZIENZ

at your side



Brother Office-Lösungen überzeugen mit Effizienz und intelligenter Funktionalität. Vom Beschriftungssystem bis zum High-End Laser-MFC.



Hier ist sprachliche Vielfalt erwünscht. Die Rechte der Kinder, die ihnen per Aushang zugesichert werden, sind sowohl auf Deutsch als auch auf Türkisch aufgelistet. Und in arabischer und kyrillischer Schrift sind Wörter an einer Scheibe zu lesen, die die Wurzeln und die Flügel der Kinder symbolisieren sollen.

Dass das nicht nur Äußerlichkeiten sind, zeigt der Blick auf die Kompetenzen und biographischen Hintergründe der 13 Erzieherinnen und Erzieher, die sich um etwa 80 Kinder kümmern. Alle Fachkräfte beherrschen zusätzlich zu ihrer Muttersprache noch mindestens eine weitere Sprache. So ist es den Erzieher/-innen möglich, mit Kindern auch in deren Muttersprache zu kommunizieren. Zwar ist Deutsch Umgangssprache, doch je nach Situation und Gruppe gibt es eine Verständigung auch auf Türkisch, Polnisch, Russisch oder etwa Spanisch. Immerhin jedes zehnte Kind in der Kita hat nicht Deutsch oder Türkisch als Muttersprache. „Deshalb habe ich den Ehrgeiz, immer weitere Sprachen in unsere Kita zu bekommen“, sagt die Leiterin und hat dabei die Vielfalt der Migrantenfamilien im Kiez im Blick.

Zum Frühstück gibt es auch Schafskäse

Spielerisch führt das Team die Kinder an die jeweils anderen Sprachen heran. Hat ein Kind aus Spanien Geburtstag, wird ein spanischsprachiges Lied gesungen. Dazu kommen andere Ebenen, auf denen unterschiedliche Kulturen präsent sind: Bücher sind in vielen Sprachen verfügbar. Aber auch in der Puppenküche haben die Kinder die Wahl: Sie können entweder in der entsprechenden Maschine einen italienischen Espresso kochen oder in einem Cezve (Stielgefäß) einen türkischen Kahve. „Und zum Frühstück gehören bei uns selbstverständlich nicht nur Marmelade, sondern auch Schafskäse und Oliven“, sagt Edith Giere. „Interkulturalität ist hier keine einmalige Aktion, sondern gelebter Alltag.“

Vor 30 Jahren, als sie begann, für den VAK e.V. zu arbeiten, sah ihre Tätigkeit – und die Welt – noch anders aus. Lange Zeit hatte der „Verein zur Förderung ausländischer und deutscher Kinder“ (vormals Verein zur Betreuung und Förderung ausländischer Kinder)



Wer eine Sprache lernt, braucht Geschichten: Ertuğrul, Barış und Rafael (von links) hören zu und erörtern, was Erzieher Abdullah Özdemir vorliest. Foto: Bernd Schüler

die so genannten „Betreuungsstuben für ausländische Kinder“ organisiert. Türkische Erzieherinnen hatten dort die Aufsicht. Deutsch zu lernen war kein Thema, denn ursprünglich sollten und wollten viele Gastarbeiter in ihre Heimat zurückkehren. Edith Giere war eine der ersten, die in den zwischenzeitlich eingeführten Kitas einige Stunden lang Deutsch vermittelte. Natürlich erwies sich das als nicht ausreichend, erzählt sie: „Deshalb richteten wir 1984 zunächst eine Kita mit einer zweisprachigen, interkulturellen Konzeption ein.“ Damit waren sie Vorreiter in Berlin – und weitgehend auf sich allein gestellt. Weil es kaum Expertise etwa aus der Pädagogik gab, musste das Team die Praxis selbst entwickeln. „Da haben wir begonnen, den Kindern spielerisch und immer im gemeinsamen Tun Deutsch nahezubringen – so, wie man das heute überall als integrierte Sprachförderung anpreist.“

Altersgemischte Gruppen

Ortswechsel: Ein paar Straßen entfernt, ebenfalls in einem Kreuzberger Hinterhof, hat die zweisprachige Kita des VAK ihr Domizil. Es ist zwölf Uhr, höchste Zeit für das Mittagessen. Schließlich waren die Kinder schon unterwegs, zu Besuch bei einem Friseur, dem türkischen Vater eines Kin-

des. Fehlt nur noch das Ritual, mit dem die Gruppe sich einen guten Appetit wünscht. Los geht's: Die Kinder sagen den Tischspruch erst auf Deutsch, dann auf Türkisch.

Auffällig ist der Altersunterschied in der Gruppe. „Das gehört zum Konzept“, erklärt Nurgün Karhan, die Leiterin, die seit 1984 in der Kita arbeitet. „Die kleineren Kinder sollen von den größeren lernen.“ Zum Beispiel von Ahmet, der es toll findet, immer mal als Übersetzer einspringen zu können. Und auch die deutschsprachigen Kinder haben Spaß daran, Türkisch zu sprechen.

„Eine Erzieherin, eine Sprache“

Die Erzieherinnen dagegen halten sich zumeist an das hier geltende Prinzip: eine Erzieherin, eine Sprache. Das heißt: Die Erzieherin mit türkischen Wurzeln spricht mit allen Kindern, den deutschen und den türkischen, nur Türkisch, die deutschsprachige Erzieherin nur Deutsch. Stimmt die emotionale Beziehung und bemühen sich alle um einen achtsamen Dialog, ist der bilinguale Umgang für die Kinder kein Problem; das ist die Erfahrung der beiden Leiterinnen Nurgün Karhan und Edith Giere. Bestätigt werden sie darin von den Grundschulen: „Die melden uns regelmäßig zurück, unsere Kinder seien sehr lern-

willing und hätten Selbstvertrauen“, sagt Nurgün Karhan. Allerdings liegt nicht jeder deutschsprachigen Erzieherin dieses besondere Setting gleich gut. „Anfangs fand ich es schwierig, nicht alles zu verstehen, wenn die türkische Kollegin mit der Gruppe oder mit Eltern spricht“, sagt zum Beispiel Manuela Boughanmi. „Mittlerweile kann ich ganz gut Türkisch, aber vor allem weiß ich, dass meine türkische Kollegin die gleichen pädagogischen Grundsätze verfolgt wie ich.“

Vorurteilsbewusste Erziehung

Eine Offenheit für Vielfalt, das ist die entscheidende Haltung, die die beiden Leiterinnen und die Erziehenden selbst beständig fördern wollen. Dazu holt sich das Team laufend Fortbildungen ins Haus. Kürzlich etwa dazu, wie sich mit Kindern „ohne machtvolle Worte“ kommunizieren lässt. Besonders wichtig aber war für beide Kitas eine halbjährliche, begleitende Fortbildung zur vorurteilsbewussten Erziehung. Dieses Konzept besagt: Es ist wichtig, sich der eigenen Vor-

urteile gegenüber anderen bewusst zu werden, um achtsam miteinander umgehen zu können. Nurgün Karhan: „Es ist unsere respektvolle Haltung gegenüber Menschen mit anderen Lebensentwürfen, die wir täglich überprüfen und beweisen müssen.“

Auch in der Beziehungsarbeit mit den Eltern stellen sich laufend neue Herausforderungen. Etwa im Fall eines Kindes, das zwei Mütter hat. Beim Elternabend stellte sich also ein lesbisches Paar vor. „Das hat einige erstaunt“, erzählt Edith Giere, „aber die türkischsprachige Kollegin hat dann erläutert, dass auch zwei Mütter und ein Kind eine Familie sein können.“

Bernd Schüler

Kontakt

Geschäftsstelle VAK e.V.,
Edith Giere und Nurgün Karhan
Oranienstr. 2 a, 10997 Berlin
Tel.: 030/6186574
Mail: vak-kitas@t-online.de
www.vak-kindertagesstaetten.de

iaf-Projekt stärkt Familiensprachen

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V. hat unter dem Titel „Unsere Omas und Opas erzählen in vielen Sprachen“ 2009 ein Programm gestartet, das Familiensprachen wie Türkisch, Arabisch, Russisch und Französisch in den Kindergartenalltag integriert. In mehreren Städten wurden Großeltern und Eltern aus binationalen Familien als Erzählerinnen und Erzähler geschult. Die Broschüre „Oma und Opa erzählen in vielen Sprachen“ veranschaulicht die im Projekt gesammelten Erfahrungen. Sie ist zu finden auf www.verband-binationaler.de unter „Mehrsprachigkeit“. Das Folgeprojekt „Unsere Omas und Opas singen und spielen in vielen Sprachen“ richtet den Fokus auf spielerische und musikalische Aspekte der Literaturvermittlung.

„Wir müssen auf die Straße“

Wie pro familia Zugang zu jungen Russlanddeutschen fand

Migrantinnen und Migranten lassen sich vielfach über die klassischen Wege der Sozialarbeit nur schwer erreichen. Wenn sie nicht zu uns kommen, müssen wir Möglichkeiten finden, zu ihnen zu gehen, sagte sich der Landesverband der pro familia in Baden-Württemberg. Über die Ausschreibung des „Innovationspreises 2012“ unter seinen Orts- und Kreisverbänden wurden neue Ansätze aufsuchender Beratung für Migrationsgruppen gefunden.

Immer wieder kamen russlanddeutsche Jugendliche in die Freiburger Beratungsstelle von pro familia – allerdings zwangsweise. Denn die jungen Männer hatten wegen Sexualstraftaten vor Gericht gestanden, das ihnen die Beratung zur Auflage machte. Berater Gerhard Tschöpe fiel bei ihnen ein Muster auf: Die meisten waren beruflich hervorragend integriert – aber sozial isoliert. Vor allem in ihrem Frauenbild hingen sie überkommenen Vorstellungen an, für die sie weder in der deutschen Gesellschaft noch im eigenen sozialen Umfeld Entsprechungen fanden. Denn gerade die Töchter der einstigen Aussiedler nutzen die Freiheiten,

die das neue Umfeld bietet und emanzipieren sich. Die Jungs blieben gefangen in ihren Träumen zurück, reagierten ihre Enttäuschung mit Alkohol oder Straftaten ab. Immer im Nachhinein zu therapieren, frustriert. Gerhard Tschöpe wollte lieber vorbeugen. Nur: Wie sind russlanddeutsche Jugendliche zu erreichen?

„Gesellschaftliche Tabus“

Um eine tragfähige Antwort zu bekommen, waren vier Jahre Projektarbeit nötig. 2006 startete das Modellprojekt „pro eto“, ein russischer Dachbegriff für gesellschaftliche Tabus. Eine Mitarbeiterin mit halber Stelle klapperte alle Jugend-

zentren der Stadt ab – ergebnislos. Selbst in Stadtteilen mit hohem Anteil russlanddeutscher Migranten waren keine Jugendlichen aus dieser Gruppe in den Jugendzentren zu finden. Nach zwei Jahren vergeblicher Suche hieß die Schlussfolgerung des wissenschaftlich begleiteten Modellprojektes: „Wir müssen auf die Straße.“ pro familia Freiburg stellte für die Suche fünf Studentinnen mit russlanddeutschem und eine mit anderem Migrationshintergrund an. Jeweils zu dritt streiften sie abends durch die Stadtteile und fragten nach Treffpunkten russlanddeutscher Jugendlicher. Schließlich wurden Cliques gefunden: auf dem Parkplatz eines Supermarkts, in einem

alten Bauwagen, in einem privaten Keller. Vorteil: Die Gruppen hatten relativ feste Strukturen mit regelmäßigen wöchentlichen Treffen.

Wirkliches Interesse

Die Studentinnen machten von Anfang an klar, dass sie für pro familia arbeiten, baten zunächst aber nur darum, an den Treffen teilnehmen zu dürfen. Auf Rückfragen nach dem Warum, antworteten sie: Weil wir Interesse an euch und eurem Leben haben. „Das wirkte meist wie ein Türöffner“, sagt Gerhard Tschöpe, „Denn Interesse an den Jugendlichen hatte kaum je einer bekundet.“ Nach einigen Monaten Vertrauensaufbau konnten die Studentinnen sexualpädagogische Fragen ansprechen, Informationsmaterial verteilen und selbst zu Aktivitäten anregen wie etwa, gemeinsam Klettern zu gehen. Einzelne Jugendliche kamen von selbst und baten um Beratung abseits der Gruppe. Seit Ende des Modellprojekts 2010 läuft die Arbeit über Honorarkräfte weiter – wenn auch mit fragilen Finanzstrukturen. Das Projekt, das inzwischen unter dem Namen „LOG IN“ läuft, wird durch Gelder für gewonnene Auszeichnungen wie den Innovationspreis 2012 und Spenden getragen und – durch die günstige Arbeit der Studentinnen. „Wir stellen gezielt Studentinnen der Sozialpädagogik

oder verwandter Fächer auf Honorarbasis an, aber erst ab dem dritten Semester“, erklärt Gerhard Tschöpe. Zum einen bringen die Studentinnen dann genügend Wissen mit, zum anderen sind sie alt genug. Der Altersabstand muss groß genug sein, um der Anmache zu entgehen, aber klein genug, um noch Vorbild für Integration als junger Erwachsener zu sein. Tschöpe: „Zugleich hoffen wir, dass unsere Studentinnen durch ihr Auftreten die stereotypen Frauenbilder der Jugendlichen ins Wanken bringen.“ Für diesen Nachweis wäre allerdings ein weiteres Modellprojekt nötig...

Auch andere Nationalitäten im Blick

Inzwischen bemüht sich pro familia Freiburg um weitere multikulturelle Gruppen. Eine spanischsprachige Beraterin soll dafür Wege erkunden. „Häufig sind in spanischsprachigen Gruppen auch Jugendliche anderer Kulturen, etwa Italiener, vereinzelt auch Türken vertreten – so hoffen wir unsere Zugänge zu erweitern“, meint Gerhard Tschöpe. Migrantinnen und Migranten türkischer Herkunft will die pro familia Beratungsstelle in Mannheim ansprechen – wieder mit Hilfe einer Mitarbeiterin mit türkischen Wurzeln. Türkân Celikdag hat gemeinsam mit ihrer deutschen Kollegin Kathrin Hettler eine Broschüre für türkische Eltern entwickelt. Um die Eltern

gedanklich dort abzuholen, wo sie mutmaßlich stehen, skizziert die Broschüre in türkischer Sprache typische Situationen, mit denen sich türkische Eltern auseinandersetzen müssen: Ihre Tochter will am Schwimmunterricht in der Schule teilnehmen, bei dem auch Jungs sind, oder sie bringt eine Broschüre über Schwangerschaft nach Hause; der Sohn hat sexuell besetzte Schimpfwörter aufgeschnappt, die er zu Hause zum Besten gibt. Nach jeder Beispielsituation wird erklärt, welche Ängste und Sorgen diese bei türkischen Eltern auslösen können. Äußerst behutsam werden Erkenntnisse über die sexuelle Entwicklung von Kindern und Hintergründe über die deutsche Kultur dagegen gesetzt. Über das Schwimmbad heißt es zum Beispiel: „Mädchen und Jungen, die von klein auf Schwimmbäder nutzen, lernen, dass dies Orte zum Baden und Sport machen sind, sie geben diesem Ort und diesem Kontext keine sexuelle Bedeutung mehr.“ Jeder Abschnitt endet mit Handlungsvorschlägen für die Eltern. Die Broschüre soll weder wahllos verschickt werden noch anonym ausliegen, sondern persönlich verteilt werden, zum Beispiel über Grundschullehrkräfte bei Elternabenden.

Seit über 50 Jahren ist Deutschland ein Einwanderungsland. Doch die sexualpädagogische Ansprache der Migrantengruppen steckt in den Kinderschuhen. Ermöglicht wird sie vor allem durch Migrantinnen und Migranten, die selbst die Brücke zwischen den Kulturen geschlagen haben und nun vermitteln können.

Gisela Haberer



Fertig zum Klettern. Mit jungen Männern russlanddeutscher Herkunft startete pro familia ein Projekt zur aufsuchenden Beratung. Foto: pro familia

Kontakt

pro familia Freiburg
Gerhard Tschöpe
Humboldtstr. 2
79098 Freiburg
Tel.: 0761/296256
E-Mail: freiburg@profamilia.de

pro familia Mannheim
Kathrin Hettler
Tullastr. 16 a
68161 Mannheim
Tel.: 0621/27720
E-Mail: mannheim@profamilia.de

„Vom ich zum du zum wir“

Angebote der Akademie für interkulturelle Handlungskompetenzen

Manchmal sind es nur scheinbare Kleinigkeiten, manchmal auch grundsätzliche Haltungen. Das Wissen um sie kann einen großen Unterschied machen: ob ein Mensch sich als Individuum wahr- und angenommen oder in seiner Würde verletzt fühlt. Die Akademie für interkulturelle Handlungskompetenzen in Bochum hat ein breites Angebot an Kursen, Fortbildungen und Trainings entwickelt, das Beschäftigten aus sozialer Arbeit, Pflege- und Gesundheitswesen wichtige Qualifikationen im Umgang mit kultureller Vielfalt vermittelt.

Wir haben für unterschiedliche Arbeitsfelder spezielle Angebote entwickelt, weil es in jedem Bereich spezifisches Fachwissen gibt“, sagt Cigdem Deniz Sert, Bildungsreferentin der Akademie für interkulturelle Handlungskompetenz. „In Kitas sind es ja eher pädagogische Themen, bei Frauen- und Mädchenberatungsstellen mehr genderspezifische Aspekte und in der Altenhilfe wieder ganz andere Fragen. Aber durch alle Fortbildungen zieht sich als roter Faden das Selbstverständnis von Interkulturalität.“ Natürlich geht es da auch um ganz praktische Fragen – wie etwa: Muss ich meine Schuhe ausziehen, wenn ich die Wohnung einer türkischen Familie betrete? Und inwiefern ist es sinnvoll, andere Familienmitglieder direkt mit in die Pflege einzubeziehen?

Kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff Kultur

Aber interkulturelle Kompetenz geht weit darüber hinaus, betont Cigdem Deniz Sert, die auch Mediatorin und Rechtsanwältin ist sowie Vorsitzende des Bochumer Forums für Antirassismus und Kultur. „Interkulturelle Kompetenz setzt eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff Kultur voraus. Wir neigen in unserer Gesellschaft ja leicht dazu, Individuen als Teil eines Kollektivs zu sehen und ihnen eine bestimmte kulturelle Identität zuzuschreiben. Aber das wird dem einzelnen Menschen nicht gerecht.“ So wenig wie alle „Deutschen“ den selben Musikgeschmack und das gleiche Freizeitverhalten hätten, ließen sich alle „Türken“ oder „Russlanddeutsche“ über einen Kamm scheren. „Die Sinus-Milieu-Studie hat ganz deutlich gemacht, dass es



Cigdem Deniz Sert, Bildungsreferentin der Akademie für interkulturelle Handlungskompetenzen

keine homogenen migrantischen Gruppen in Deutschland gibt, sondern dass es einen großen Unterschied macht, welcher sozialen Schicht jemand angehört, welchen Bildungsstand er oder sie hat und auch, welchen rechtlichen Status.“

Das Bewusstsein für die Individualität des Einzelnen und seine Prägung durch persönliche Erfahrungen schärfen, das ist ein ganz wesentlicher Bestandteil der Fort- und Weiterbildungen. „Da lenken wir den Blick auch keinesfalls nur auf Menschen mit Migrationshintergrund, sondern beispielsweise auch auf unsere Einstellung zu und den Umgang mit homosexuellen Frauen und Männern oder Menschen mit Behinderung“, betont Cigdem Deniz Sert. „Wir begreifen Interkulturalität als produktiven, ‚dritten Raum‘ zwischen den Kulturen und beschäftigten

uns intensiv mit der Entwicklung vom ich zum du zum wir.“ Dabei gehe es nicht darum, Grenzen und Unterschiede zwischen Menschen zu negieren, sondern zu akzeptieren, sie aber nicht an falschen Dingen festzumachen und zu verfestigen, so Cigdem Deniz Sert. Das Wichtige sei, sich jenseits dieser Grenzen Zugang zum einzelnen Individuum zu verschaffen. „Interkulturelle Öffnung ist ein Prozess, der Offenheit, Vielfalt und Pluralität fördert.“

Kooperationsprojekt

Vielfältig ist daher auch das Angebot der Akademie für interkulturelle Handlungskompetenzen, die als Kooperationsprojekt der Paritätischen Akademie NRW und der IFAK e.V., dem Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe und Migrationsarbeit, entstanden ist. Die Weiterbildungen und Beratungen richten sich sowohl an soziale Einrichtungen und Dienste als auch an Verwaltungen, Schulen, Migrantenselbstorganisationen und Unternehmen sowie deren Beschäftigte. Zum Angebot gehören interkulturelle Sensibilisierungstrainings für verschiedene Berufsgruppen ebenso wie „Train-the-Trainer“-Fortbildungen und Inhouse-Schulungen. Näheres erfahren Interessierte auf www.bildung.paritaet-nrw.org unter „Interkulturelle Bildung“.

Kontakt

Akademie für interkulturelle Handlungskompetenzen
c/o IFAK e.V.
Engelsburger Str. 168, 44793 Bochum
Tel.: 0234/32589902
E-Mail: sert@paritaet-nrw.org

Profis
für Ihre
Immobilie

Wir senken Ihre Kosten!

Durch unsere Leistungen rund um Ihre Immobilie helfen wir Ihnen

- die Bewirtschaftungskosten für z. B. Reinigung und Wartung dauerhaft und spürbar zu senken
- Ihre Energiekosten professionell zu analysieren und sofortige Einsparmaßnahmen umzusetzen
- Strom und Gas günstig einzukaufen
- einen optimalen Gebäudebetrieb in Ihren Objekten zu organisieren, um den gesetzlichen Anforderungen Ihrer Betreiberverantwortung gerecht zu werden
- die anstehenden technischen Sanierungen durchzuführen
- die Organisation und Betreuung von Umbauten in Objekten oder bei Neubauten professionell durchzuführen
- bei der Durchführung von Mietvertragsangelegenheiten und Nebenkostenabrechnungen

NORD/FM
NORDDEUTSCHE
FACILITY-MANAGEMENT GMBH

Telefon: (0511) 361-99 79
Email: paritaetische@nord-fm.de
Internet: www.nordfm.de

Anzeige

Migranten mit Behinderung oft „zwischen allen Stühlen“

Projekt des Paritätischen Bildungswerks

Menschen mit Behinderung müssen immer noch viele Barrieren überwinden. Erst recht, wenn sie ausländische Wurzeln haben. „Das deutsche System der Behindertenhilfe ist für viele Menschen mit Migrationshintergrund schwer zugänglich“, hat der Bundesverband des Paritätischen Bildungswerks festgestellt. Mit seinem Projekt „Migrant/-innen barrierefrei zur Integration“ will er daran etwas ändern.

Das Projekt, das vom Hessischen Ministerium für Justiz, Integration und Europa finanziell gefördert wird, soll einerseits Einrichtungen der Behindertenhilfe in Hessen für die Belange chronisch kranker oder behinderter Menschen mit Migrationshintergrund sensibilisieren und Öffnungsprozesse anstoßen. Gleichzeitig sind aber auch Migranten(selbst)organisationen eine wichtige Zielgruppe. Als Multiplikatoren sollen beispielsweise Eltern- und Kulturvereine, Moschee-Vereine und andere Migranteninitiativen dafür gewonnen werden, sich mit Förderschulen, Werkstätten für Menschen mit Behinderung und ähnlichen Einrichtungen zu vernetzen.

Viele Barrieren

„Menschen mit Migrationshintergrund, die eine Behinderung haben, sitzen häufig zwischen allen Stühlen und fühlen sich nirgends richtig aufgehoben“, sagt Projektleiter Rüdiger Hausmann. Manchmal seien es sprachliche Barrieren, manchmal rechtliche Hürden aufgrund eines fehlenden deutschen Passes, die ihnen den Zugang zu Leistungen der Behindertenhilfe erschweren, betont Hausmann. Mitunter hätten Familien mit Migrationshintergrund aber auch Vorbehalte gegenüber dem deutschen System der Behindertenhilfe, die auf einem anderen Verständnis von Behinderung beruhen. Oder es gebe zu hohe Zugangsvoraussetzungen.

Ziel des auf insgesamt vier Jahre (2011 bis 2014) angelegten Projekts ist es, auf Seiten der Behindertenhilfe mehr Of-

fenheit gegenüber individuellen und kulturellen Prägungen zu erreichen sowie ein Bewusstsein für die spezifische Situation von behinderten Menschen mit Migrationshintergrund zu wecken. Darüber hinaus will das Bildungswerk mit den Einrichtungen gemeinsam spezifische konzeptionelle Ansätze entwickeln, die die Zielgruppe mit ihren besonderen Bedürfnissen unterstützen und stärken. „Wir orientieren uns dabei am Konzept der Inklusion“, betont Rüdiger Hausmann. „Das bedeutet: die Besonderheit und die Bedürfnisse eines jeden einzelnen Menschen anzunehmen, die sich daraus ergebene Vielfalt wertzuschätzen und im Alltag von Institutionen und Einrichtungen zu berücksichtigen.“

Bundesweit Interessenten

Im Rahmen des Projekts begleiten Hausmann sowie seine Kolleginnen Sabine Kriechhammer-Yagmur und Iris Bawidamann Einrichtungen bei kulturellen Öffnungsprozessen und bieten Fortbildungen für Fachkräfte und Multiplikator/-innen an. Obwohl die Projektförderung sich auf Hessen beschränkt, können auch Interessierte aus anderen Bundesländern das Angebot nutzen. „Wir registrieren bundesweit ein steigendes Interesse an der interkulturellen Öffnung von Einrichtungen der Behindertenhilfe“, sagt Hausmann. Weitere Informationen finden Interessierte auf der Projekt-Homepage www.barrierefrei-zur-integration.de. Infos zu weiteren Bildungswerk-Angeboten zu interkulturellen Aspekten gibt es auf der Seite www.bildungswerk.paritaet.org.



Gelebte Interkulturalität:
Die Spanierin Raquel
Pareira Sanchez mit dem
kleinen Jasper Sloomarkers,
der eine belgische Mutter hat,
und Familienzentrumsleiterin
Dagmar Pohl (rechts). Deren
Mutter ist Holländerin.

Fotos: Corinna Willführ

„Miteinander leben“ baut Barrieren ab

Ermutigende Praxiserfahrungen aus einem Projekt des bvkm

Mit dem Ziel, „kultursensible Konzepte zur Zusammenarbeit von und mit Familien mit Migrationshintergrund zu entwickeln und zu erproben“ hat der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm) Mitte 2011 das Pilotprojekt „Miteinander leben“ gestartet. Die Elternselbsthilfeorganisation mit Sitz in Düsseldorf arbeitet mit Institutionen in Berlin, Coburg, Hamburg und Mönchengladbach zusammen. Kooperationspartner in Mönchengladbach ist das Integrative Montessori-Familienzentrum des Zentrums für Körperbehinderte e. V.

Ibrahim Torun kam in der 26. Schwangerschaftswoche zur Welt. Er wog nur 650 Gramm. Mehrere Wochen musste der Kleine im Krankenhaus auf der „Frühchen-Station“ versorgt werden. Wochen, in denen seine Eltern um sein Leben bangten. Heute ist Ibrahim Torun vier Jahre alt. Ein fröhlicher Bub, der gerne Grimassen macht und am liebsten Fahrrad fährt. Sein früher Start ins Leben hat jedoch zu einer motorischen Entwicklungsstörung geführt, wegen der er besondere Förderung benötigt. „Nach seiner Geburt war ich sehr verzweifelt, aber mein Mann und meine Familie haben mich immer unterstützt“, erzählt seine Mutter Hülya. Die 33-jährige Muslima hat sich sehr bemüht, in

Mönchengladbach Möglichkeiten und Menschen zu finden, die die beste Förderung für Torun möchten. Sie hat Rat bei Ärzten gesucht, den Jungen zur Frühförderung gebracht und schließlich für den Kindergarten im integrativen Montessori-Familienzentrum angemeldet. Und auch für sich eine Wahl getroffen: Jeden Mittwoch nimmt sie am Mütter-Treff teil. „Basteln und Quatschen“ haben ihn die Frauen genannt, die aus Deutschland, Spanien, Belgien oder Portugal kommen. Seit Wochen haben sie schon Papiersterne gefaltet und Tannenbäume aus Filz geformt – für den Stand der Einrichtung auf dem Mönchengladbacher Christkindmarkt. „Es war mein fester Wille, dass Ibrahim hier im integrativen Kindergarten einen

Platz bekommt“, sagt Hülya Torun. Dass sie darüber hinaus am Mütter-Treff teilnimmt, „lag an der Einrichtungsleiterin, Frau Pohl. Sie hat mich gefragt, ob ich Lust an Handarbeiten hätte“. Hülya hatte.

Was in den Worten der 33-Jährigen selbstverständlich klingt, ist es für viele Frauen mit Migrationshintergrund und einem behinderten Kind nicht. „Familien mit Migrationshintergrund, die mit behinderten Kindern in Deutschland leben, sind wenig in die üblichen Strukturen der Behinderten(selbst)hilfe eingebunden“, beschreibt Anne Willeke, Leiterin des Pilotprojekts „Miteinander leben“, die Realität. Dabei steigt die Zahl der Jungen und Mädchen mit Handicap aus Familien mit einem Migrationshinter-

grund stetig. Nicht aber die Beteiligung der Eltern in den Institutionen oder in Selbsthilfegruppen.

Willeke nennt in ihrem Positionspapier zum Pilotprojekt des Bundesverbands für körper- und mehrfachbehinderte Menschen die Gründe: Dass Behinderung in einigen Kulturkreisen stark tabuisiert ist, „was Schamgefühle und die Tendenz zu sozialer Isolation bewirkt“. Dass grundlegende gesundheitsrechtliche Informationen fehlen, sprachliche Barrieren bestehen und es an Wissen und Hilfe mangelt, um die Unterstützungsangebote wahrzunehmen.

Das wöchentliche Kreativangebot, zu dem das Montessori-Familienzentrum im Rahmen von „Miteinander leben“ einlud, wurde auf einem Elternabend vorgestellt. Dagmar Pohl, seit mehr als 30 Jahren Leiterin des Familienzentrums: „Damit war die Chance höher, dass auch Eltern mit Migrationshintergrund kommen, die seltener das Gespräch mit den Mitarbeiterinnen suchen.“ Und sie kamen. Am Kreativangebot nahmen anschließend aber nur Mütter teil. Auch am „Vater-Kind-Samstag“, an dem Figuren für das Außengelände des Kindergartens gebaut wurden, war das Interesse groß: „Da waren die Männer unter sich“. Von den 28 teilnehmenden Vätern hatten sechs einen Migrationshintergrund.

Abendveranstaltungen sind heikel

„Mütter und Väter, die muslimischen Glaubens sind, wollten erst einmal „unter sich sein, um in Kontakt zu kommen und Beziehungen aufzubauen“, resümiert die Einrichtungs-Leiterin eine Erfahrung aus dem Pilotprojekt. In den Netzwerk-Veranstaltungen hat sie auch eine Erklärung bekommen, warum Mütter mit Migrationshintergrund nicht zu Elternabenden kamen: „Weil zu diesen auch Männer eingeladen waren.“ Zudem waren die Informationsveranstaltungen abends „zu einer Zeit, zu der gläubige muslimische Mütter nicht allein unterwegs sein sollen.“

Die Erfahrungen, die Dagmar Pohl aus dem Pilotprojekt gewonnen hat, haben sich im Alltag des Familienzentrums manifestiert. Ob Frühstück oder Mittagessen: Auf dem Speiseplan des Kindergartens gibt es keine Schweinefleisch-Produkte mehr. Außerdem hat die Heil-



Pädagogin Rabia Karahancer, die seit kurzem das Team im Montessori-Kindergarten verstärkt, hat wie Emir türkische Wurzeln.

pädagogin bei der Auswahl von Praktikantinnen ihr Augenmerk auf qualifizierte Bewerberinnen mit Migrationshintergrund gelegt. Seit kurzem verstärken zwei Kinderpflegerinnen mit ausländischen Wurzeln ihr Team.

Kontakt mit Gleichbetroffenen

Projektleiterin Anne Willeke sieht in der Kooperation mit Migrantinnen-Organisationen eine weitere Chance für die Beteiligung von Eltern mit ausländischen Wurzeln und einem behinderten Kind. Pädagogische Fachvorträge sollten dabei nicht im Vordergrund stehen. Vielmehr „niedrigschwellige“ Angebote: Feste feiern, Kochen, Basteln, Bauen – oder Wochenend-Freizeiten: „Das Vertrauen in barrierefrei ausgewählte Orte, die Perspektive, etwas für sich und die Familie zu tun und mit anderen Gleichbetroffenen in intensiven Kontakt zu kommen, sind für die Eltern von großer Bedeutung.“ Und wenn die Antwort auf eine schriftliche Einladung ausbleibt, rät Dagmar Pohl: „Unbedingt die Eltern nochmal anrufen oder persönlich ansprechen.“

Auf der Pinnwand im Foyer des Montessori-Zentrums laden türkische Eltern mit einem Plakat zum Opferfest ein. „Das gibt es in diesem Jahr zum ersten Mal“, sagt Pohl. Den Vater-Kind-Samstag will sie mit ihrem Team im nächsten Jahr wieder anbieten. Auch persönlich will die Pädagogin einen neuen Schritt für mehr

Integration der Eltern mit Migrationshintergrund im Familienzentrum wagen. „Ich werde einen Imam kontaktieren“, sagt sie. Der Vorbeter einer Moschee, so hat die Pädagogin in den Workshops von „Miteinander leben“ erfahren, könne ihr „die Türen zu Menschen muslimischen Glaubens öffnen“.

Informationsbroschüren in Türkisch und Arabisch

Anfang des Jahres haben die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und die Fachverbände für Menschen mit Behinderung gemeinsam die „Erklärung zur interkulturellen Arbeit für und mit Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund“ verfasst. Danach sollen „bestehende Barrieren und Benachteiligungen erkannt und abgebaut beziehungsweise abgewendet werden“. Das Pilotprojekt „Miteinander leben“, das aus Mitteln des Bundesverbandes und mit Unterstützung der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) durchgeführt wurde, hat nicht nur in Mönchengladbach Früchte getragen. „Im Interkulturellen Beratungs- und Begegnungszentrum in Berlin“, so Anne Willeke, „gibt es mittlerweile eine Gruppe mit mehr als 25 Müttern, die einen Migrationshintergrund und ein Kind mit Behinderung haben.“ Sie alle sind wichtige Multiplikatorinnen. Wenn sie von ihren Erfahrungen berichten oder die mittlerweile in Türkisch und Arabisch erschienene Broschüre des bvkm „Mein Kind ist behindert – diese Hilfe gibt es“ weiterreichen – und mit ihr dafür werben, dass die in der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen festgelegte Teilhabe aller Menschen umgesetzt wird.

Corinna Willführ

Kontakt

Integratives Montessori-Familienzentrum des ZFK
Tel.: 02161/49521-31
www.zentrumkoerperbehinderte.de
E-Mail: imf@zfk-mg.de

Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e. V.
Brehmstraße 5-7, 40239 Düsseldorf
Tel.: 0211/64004-21
E-Mail: anne.willeke@bvkm.de

„Das Glas ist halb voll und halb leer“

Was erwartet der Paritätische in NRW vom neuen Integrationsgesetz?

In Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland, leben mehr als vier Millionen Menschen mit Migrationshintergrund – das sind etwa 20 Prozent der Bevölkerung. Das von der rot-grünen Landesregierung im Februar 2012 beschlossene Integrationsgesetz soll Ihre Teilhabe deutlich voranbringen. Was der Paritätische Landesverband von dem Gesetz hält und wie er selbst die Interkulturelle Öffnung vorantreibt, schildern Ulrike Werthmanns-Reppekus und Ercüment Toker vom Fachbereich Migration.

NRW hat im Frühjahr als erstes Flächenland ein Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration geschaffen. Was erwarten Sie konkret davon?

Ulrike Werthmanns-Reppekus: Dass es der Landesregierung so schnell gelungen ist, das Gesetz auf die Beine zu stellen, hat uns schon überrascht. Das ist politisch ein sehr positives Signal, mit dem die Regierung zeigt, dass ihr die Chancengleichheit von Menschen mit ausländischen Wurzeln wichtig ist. Aber wie so oft, kann man auch hier sagen: das Glas ist sowohl halb voll als auch halb leer. Halb voll, weil das Gesetz beispielsweise die kommunale Ebene sehr stärkt: durch die sogenannten Kommunalen Integrationszentren, die KIZ, die mit großer personeller Ausstattung in allen Landkreisen und kreisfreien Städten aufgebaut werden sollen und ein breites Aufgabenspektrum haben, zu dem unter anderem auch Unterstützung in Fragen der schulischen Bildung und in beruflichen Fragen gehört. Halb leer ist das Glas unter anderem, weil wir als Freie Wohlfahrtspflege mit den Integrationsagenturen im Gesetz nicht als gleichwertige Partner aufgeführt werden. Das finde ich sehr bedauerlich. Die KIZ sind eine Erweiterung der bisherigen Regionalen Arbeitsstellen, also eine kommunale Einrichtung. Während die Integrationsagenturen, die wir seitens der Wohlfahrtspflege seit fünf Jahren aufgebaut haben, in freier Trägerschaft sind. Auch viele Mitgliedsorganisationen des Paritätischen, die über eine hohe Kompetenz verfügen, sind Träger dieser Integrationsagenturen. Diese werden zwar auch vom Land gefördert, sind aber

Ulrike Werthmanns-Reppekus, Fachgruppenleiterin des Paritätischen Landesverbands NRW, und ihr Kollege Ercüment Toker, Fachreferent für Migration

Foto: Bauer



deutlich schlechter ausgestattet als die neuen Kommunalen Integrationszentren. Das ist für uns nicht nachvollziehbar, weil auch die Integrationsagenturen erwiesenermaßen gute und wichtige Arbeit für die Integration leisten.

Ercüment Toker: Das neue Integrationsgesetz gibt dem, was wir bislang auf freiwilliger Basis hatten, eine Verbindlichkeit. Es werden Standards und Normen gesetzt. Es ist ganz klar definiert, was Integration ist, was Interkulturelle Öffnung und was Diskriminierung ist. Aber gleichzeitig bleibt das Gesetz bezogen auf verschiedene gesellschaftliche Bereiche doch ziemlich marginal. Im schulischen Bereich beispielsweise. Bildung ist ja ein ganz zentrales Integrationsfeld. Es muss vielmehr gesche-

hen, damit Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund annähernd gleiche Bildungschancen erhalten. Hier müsste im Schulgesetz noch einiges verbessert werden. Wichtig wäre beispielsweise eine inhaltliche Festlegung und verbindliche Definition des Integrationsauftrags der Schule. Zurzeit können die Schulen diesen Auftrag beliebig selbst bestimmen und dabei zum Teil mit gegensätzlichen Konzepten arbeiten. Auch in der Flüchtlingsfrage ist das Integrationsgesetz unbefriedigend. Hier hätte ich mir gewünscht, dass die Regierung Flüchtlingen, die ja oft hier im Land bleiben, gesetzlich mehr Teilhabechancen eröffnet.

[Der Paritätische hat als Partner die Landesinitiative „Vielfalt verbindet. Interkultu-](#)

relle Öffnung als Erfolgsfaktor“ unterzeichnet. Was versprechen Sie sich davon?

Werthmanns-Reppekus: Die Wertschätzung kultureller Vielfalt gehört seit jeher zum Selbstverständnis des Paritätischen. Interkulturelle Öffnung ist für uns schon lange ein Thema. Wir haben alleine über 100 Migrantenselbstorganisationen und viele weitere Mitgliedsorganisationen, die unter anderem spezielle Angebote für Migranten haben. Aber darüber hinaus ist es natürlich unser Ziel, dass im Sinne der Interkulturellen Öffnung generell alle Angebote unseres Verbands und seiner Mitglieder für Menschen mit Migrationshintergrund offen sind – sowohl als Nutzende, als auch als haupt- oder ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das war wohl auch ein Grund, warum das Land uns als ersten Wohlfahrtsverband gefragt hat, ob wir Partner werden wollen. Wir haben natürlich gerne zugesagt. Einmal, weil es uns eine öffentliche Aufmerksamkeit dafür bringt, wie wir das Thema Integration behandeln. Und darüber hinaus ist es ja auch eine Anerkennung unserer Kompetenzen, von denen das Land sicher profitieren kann. Wir sind mit dem Partnerschaftsvertrag gegenüber dem Land eine Selbstverpflichtung eingegangen auf drei Ebenen: Dazu gehört einmal eine Mitarbeiterbefragung, dann die Weiterentwicklung unseres Online-Handbuchs zur Interkulturellen Öffnung und Qualifizierungen zur Interkulturellen Öffnung.

Was ist das für eine Mitarbeiter-Befragung?

Werthmanns-Reppekus: Der Landesverband hat etwa 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wir danach fragen, ob sie einen Migrationshintergrund haben, um festzustellen, wie hoch bei uns der Anteil ist und ob gegebenenfalls gezielte Schritte nötig sind, ihn zu erhöhen. Das ist eine von mehreren Maßnahmen, die unsere Arbeitsgruppe Interkulturelle Öffnung beschlossen hat. Diese Arbeitsgruppe ist Ende 2008 auf Vorschlag der Fachgruppe Migration im Paritätischen Landesverband gegründet worden und funktions- und geschäftsbereichsübergreifend tätig. Das spiegelt wider, dass Interkulturelle



Zur Person: Ercüment Toker Ulrike Werthmanns-Reppekus

Ulrike Werthmanns-Reppekus (57) ist seit 1980 beim Paritätischen Landesverband NRW und seit 15 Jahren Fachgruppenleiterin. Zuständig ist sie für die Bereiche Jugend, Frauen und Migration. Die Diplom-Pädagogin ist zudem Leiterin der Arbeitsgruppe Interkulturelle Öffnung des Landesverbands und Geschäftsführerin des Paritätischen Jugendwerks.

*

Ercüment Toker (63) ist seit 2002 Fachreferent für Migration beim Landesver-

band NRW. Zuvor war er Sprecher des von ihm 1980 mitgegründeten Arbeitskreises Migration. Mehr als 30 Jahre war Toker in Mitgliedsorganisationen des Verbands tätig, zunächst in der Kinder- und Jugendarbeit, dann 19 Jahre als Geschäftsführer von IFAK (Bochum). Der Sozialpädagoge türkischer Herkunft prägte als Mitglied des ehemaligen Arbeitskreises Ausländerarbeit (heute Migration) auch die Migrationsarbeit auf Gesamtverbandsebene maßgeblich mit.

Öffnung im Verband als Querschnittsthema gesehen wird.

Wer gehört dieser Gruppe an?

Toker: Das sind sowohl Vertreterinnen und Vertreter von der Landesverbandsebene als auch der örtlichen Ebene und von unterschiedlichen Fachgruppen. Mittlerweile nehmen an den Treffen ungefähr 25 Leute teil, aus Kreisgruppen, verschiedenen Geschäftsbereichen und Fachgebieten und auch Mitglieder des Vorstands. Die Gruppe ist also hochkarätig besetzt. Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Führungskräfte des Verbands dahinter stehen.

Und wie sieht es mit der Verbindlichkeit des aus, was die Arbeitsgruppe beschließt?

Werthmanns-Reppekus: Wir haben uns von Anfang an Produktziele gesetzt, damit es nicht bei schönen Worten bleibt, die zwar jeder unterschreiben kann, die aber letztlich folgenlos bleiben. Wir wollen, dass konkret etwas geschieht. Ein Produktziel war beispielsweise das Handbuch Interkulturelle Öffnung als Arbeitshilfe für Kreisgruppen. Es gibt gezielt Hinweise: Was können wir tun, um Migrantenselbstorganisationen besser einzubeziehen? Und es bringt Beispiele guter Praxis, aber auch viele Fakten. Mittlerweile ist das Handbuch zu einer grundsätzlichen Arbeitshilfe ausgeweitet worden und wird als Online-Handbuch fortgeführt, das sowohl den Kreisgruppen als Schnittstelle und Ort der Vernetzung

als auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung steht.

Dann ist noch eine Sammlung fremdsprachiger Flyer aus dem Bereich der Selbsthilfekontaktstellen in der Mache. Da gibt es eine große Zahl von Flyern zu unterschiedlichen Themen in unterschiedlichen Sprachen. Jetzt stellen wir zusammen, was es schon alles gibt, damit es auch anderen Selbsthilfegruppen zur Verfügung gestellt werden kann. Man muss ja das Rad nicht immer neu erfinden. Und ganz wichtig sind natürlich auch die Leitlinien und Empfehlungen zur Interkulturellen Öffnung, die der Vorstand des Landesverbands im Sommer verabschiedet hat. Das Papier zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass es auch Selbstverpflichtungen beinhaltet. Also: Wir nehmen uns das und das vor und schauen nächstes Jahr, was daraus geworden ist.

Der Verband sieht es als Aufgabe, seine Mitgliedsorganisationen von der Kita bis zum Hospiz bei der Umsetzung der Interkulturellen Öffnung auf vielfältige Weise zu unterstützen. Diese Aufgabe können wir glaubhaft und kompetent nur wahrnehmen, wenn wir sie auch bei uns selbst regelmäßig auf die Tagesordnung setzen.

Toker: Interkulturelle Öffnung ist ja ein dauerhafter, dynamischer Prozess, der sowohl auf der strukturellen als auch auf der fachlichen und persönlichen Ebene immer wieder an sich verändernde Bedingungen angepasst werden muss. Interview: Ulrike Bauer

„Wir lernen voneinander“

beramí bildet Kulturmittlerinnen in der Seniorenbetreuung aus

Elf Frauen aus sieben Nationen, vereint in einem außergewöhnlichen Projekt: Der Verein beramí berufliche Integration e.V. aus Frankfurt am Main schult sie zu ehrenamtlichen Kulturmittlerinnen in der Seniorenbetreuung. Ihre spätere Aufgabe: die Unterstützungen alter Menschen mit Migrationshintergrund im Leben daheim oder in Pflegeeinrichtungen.

Exotisches Trommeln erfüllt das beramí-Lernhaus im Frankfurter Stadtteil Bornheim. Kopf ausschalten und einfach dem Rhythmus folgen, hat der Musikpädagoge Georg Feils den Frauen um ihn herum gesagt. Alle paar Minuten muss eine von ihnen ein Solo übernehmen, spontan aus dem Bauch heraus lostrommeln. Musik als Klangspiel motiviert zum Mitmachen, schafft Gemeinschaft, verbindet Fremde. Ein nützliches Instrument für die künftigen Kulturmittlerinnen, um eine Brücke zu alten Menschen mit Migrationshintergrund zu schlagen.

„40 Prozent der Frankfurter Bürgerinnen und Bürger sind Zugewanderte und deren erste Generation jetzt Senioren“, erklärt die stellvertretende beramí-Geschäftsführerin Sigrid Becker-Feils zum Hintergrund des Projekts. Doch die gewohnten Familienstrukturen der Migranten lösten sich zunehmend auf,

die Senioren seien daher verstärkt auf fremde Hilfe angewiesen. Entsprechende Angebote zu schaffen, Heime und Begegnungsstätten für sie zu öffnen, sei ein „Aspekt interkultureller Arbeit“, so Becker-Feils. Kulturmittlerinnen sollen über ganz praktische Unterstützung hinaus im Alltag helfen, Ängste abzubauen und Vertrauen zu schaffen. Sigrid Becker-Feils nennt das „kultursensible Seniorenarbeit“.

„Voneinander lernen“

Elf Frauen im Alter zwischen 33 und 72 Jahren absolvieren diese Ausbildung. Sie stammen aus Kroatien, der Türkei, aus Kolumbien und Chile, Nigeria und Sudan, aber auch fünf deutsche Frauen sind dabei. Die Motivation ist unterschiedlich. Zu den Teilnehmerinnen gehören drei Alltagsbegleiterinnen von Senioren, die örtliche Sozialbezirksvorsitzerin, die Tochter einer demenzkran-

ken Mutter sowie eine Frau, die Interesse am Pflegeberuf hat und den Kurs als Einstieg betrachtet. „Etwas über andere Kulturen lernen“ und zugleich Deutschland aus anderem Blickwinkel erfahren, nennt Sussan Pallmann als Beweggrund. Sie stammt aus Nigeria und hat bisher noch nicht mit Senioren gearbeitet. Ihr gefällt besonders gut, „dass wir voneinander lernen“.

Das gehört laut Sigrid Becker-Feils zum Konzept: „Die Frauen sollen sich öffnen und begreifen, dass unterschiedliche Prägungen und Meinungen nicht trennen.“ Auch Anette Hergl, von Beruf Altenpflegerin, hat im Laufe des Projekts festgestellt, wie oft man im „deutschen Denken eingekästelt“ ist. „Neue Kulturen verstehen zu lernen“ ist der hauptamtlichen Betriebsrätin wichtig. Nach einem Seminar zum Thema Islam hat Anette Hergl („ich bin selbst nicht gläubig“) nachvollziehen können,



Kopf ausschalten und einfach dem Rhythmus folgen. Musikpädagoge Georg Feils weiß: Musik verbindet. Das nutzt er auch für die Ausbildung der künftigen Kulturmittlerinnen im Frankfurter beramí-Lernhaus. Foto: Bernd Kleiner



Interkulturelle Kompetenz ist auch in der Pflege wichtig. Foto: beramí

„warum Menschen im Glauben verhaftet sind“. Mit der zusätzlichen Kompetenz als Kulturmittlerin will sie später als ehrenamtliche Pflegebegleiterin pflegende Angehörige unterstützen.

An der Gestaltung des Ausbildungsprogramms haben die Frauen mitge-

wirkt, Teilhabe war von beramí gewünscht. „Musik“ und „Islam“ waren Themen ihrer Wahl. Vorgegeben hingegen war zum Beispiel ein Wochenendseminar Kommunikationstraining. Oder Biographiearbeit. Hierbei lernten die Frauen den „kreativen Umgang“ mit Lebensgeschichten. Sie sollten Lieblingsgegenstände oder Fotos mitbringen und dazu etwas erzählen. Mit solchen Mitteln ließen sich alte Menschen sehr gut in ihre eigene Vergangenheit versetzen und zum Mitteilen animieren, erklärt Sigrid Becker-Feils. Die Frauen beschäftigten sich außerdem mit dem Themenkomplex „Familien und Migration“ und mit der Traumatisierung von Kriegsflüchtlingen.

Ein Gespür für die Familie entwickeln

Informationen zu generellen Verhaltensweisen gehören ebenfalls zum Programm. „Man muss wissen, dass in vielen Kulturen dem Alter grundsätzlich Respekt entgegengebracht wird, wie man sich in einer Moschee verhält oder dass Menschen eben unterschiedlich mit Nähe und Distanz

umgehen und dies auch kulturell geprägt ist“, erklärt die stellvertretende beramí-Geschäftsführerin. Darüber hinaus müssten die Frauen „ein Gespür für die Familien der Senioren entwickeln“. Vieles von den Ausbildungsinhalten erarbeiten sich die Teilnehmerinnen im Gesprächskreis, befruchtet von ihren eigenen unterschiedlichen kulturellen Hintergründen. „Es ist nicht nur Frontalunterricht“, freut sich Anette Hergl, und Sussan Pallmann betont: „Alle reden offen miteinander.“ In ihrer afrikanischen Heimat kümmern sich die Familien traditionell um die alten Angehörigen. Da war der Besuch eines Seniorenheims als Teil der Ausbildung „neu für mich“, erzählt sie.

Bernd Kleiner

Kontakt

beramí Berufliche Integration e. V.
Frankfurt am Main
Sigrid Becker-Feils
Tel.: 069/913010-0
E-Mail: kontakt@berami.de
www.berami.de

Tutoren helfen, heimisch zu werden

Das Deutsche Studentenwerk hat eine Servicestelle Interkulturelle Kompetenz

Etwa 185.000 ausländische Studierende sind derzeit in Deutschland immatrikuliert. Zwei Drittel davon leben in Wohnheimen der 58 Studentenwerke oder nutzen andere Angebote der Studentenwerke. Darauf müssen wir angemessen eingehen können, stellte das Deutsche Studentenwerk e. V. als Dachverband fest und richtete 2002 die Servicestelle Interkulturelle Kompetenz ein.

Eigentlich war Davkharbayar Khurelbaatar gut vorbereitet. Noch in seiner Heimat, der Mongolei, hatte er begonnen, Deutsch zu lernen. Er wusste, was er wollte: sein Studium der Angewandten Informatik fortsetzen, am besten in Deutschland. Dort waren, seiner Recherche nach, die Unis für seinen Schwerpunkt besonders geeignet.

Eine vorbildliche Planung, die ihn jedoch vor einem nicht bewahrte: Als er vor acht Jahren im thüringischen Erfurt ankam, war ihm vieles fremd. Die Sprache, das Essen, der soziale Umgang – so vieles

folgte Regeln, mit denen er sich erst vertraut machen musste. Zum Beispiel damit, dass jüngere hier auch ältere Menschen duzen können. „Bei uns wäre das unhöflich“, sagt Davkharbayar Khurelbaatar, „wir siezen sogar unsere Eltern.“ Am meisten belastet aber hat ihn die Einsamkeit. Familie und Freunde fehlten. Zum Glück lernte er recht schnell andere, ältere Studierende aus dem Ausland kennen, denen es ähnlich ergangen war.

„Da haben mir einige sehr geholfen, einfach weil wir etwas gemeinsam gemacht haben, zusammen einkaufen, essen oder

feiern“, erzählt er. Inzwischen gehört er selbst zu den Erfahreneren und kann anderen Studierenden weiterhelfen, die neu in Erfurt sind – und das sogar in ganz offizieller Funktion. Der 28-Jährige ist einer von derzeit 690 Tutorinnen und Tutoren, die bundesweit in den Wohnheimen von 47 Studentenwerken aktiv sind. Sie sollen Studierenden aus dem Ausland helfen, hier Fuß zu fassen.

In einigen Studienorten gibt es spezielle Begrüßungstutoren. Sie holen neue Kommilitonen oder die Kommilitonin-

nen vom Bahnhof oder Flughafen ab, zeigen ihnen ihre Zimmer und begleiten sie bei den ersten Schritten in das Studentenleben in Deutschland, helfen beispielsweise bei der Kontoeröffnung oder gehen mit zu Behörden.

Soziales Miteinander im Wohnheim

Wohntutoren dagegen, wie es sie in Thüringen gibt, sorgen nicht nur am Anfang für Orientierung, sondern sollen das ganze Jahr über dazu beitragen, dass sich die ausländischen Studierenden besser einleben und soziale Kontakte aufbauen können. „Ich unterstütze die Leute bei allen möglichen Problemen“, sagt Davkharbayar Khurelbaatar. Als Wohnheimtutor macht er die Mitbewohnerinnen aus Kasachstan, Kenia, Kanada oder anderen Ländern miteinander bekannt. Sie fragen ihn, was zu tun ist, damit die Waschmaschine endlich funktioniert, oder wie man am besten mit der Verwaltung umgeht. Selbst wenn sie abends um elf anklopfen, hat er ein offenes Ohr. Für seine Dienste bekommt er vom Studentenwerk eine kleine Aufwandsentschädigung. Der Gewinn aber liegt für den 28-Jährigen darin, dass er sein Englisch verbessern kann und mit anderen Menschen Kontakt hat. „Ich hasse es, alles allein zu tun“, sagt er. Seit zehn Jahren sind die Tutorinnen und Tutoren eine feste Größe in den Wohnheimen der Studentenwerke. Dass dieses

Angebot und andere Formen der Unterstützung von Studierenden aus dem Ausland aufgebaut wurden sowie 2002 eine Servicestelle Interkulturelle Kompetenz eingerichtet wurde, dafür gab es mehrere Anstöße: Die Beratungs- und Servicestellen der Studentenwerke registrierten eine steigende Zahl von Studierenden aus dem Ausland, die Rat in vielerlei Fragen suchten, von der psychologischen Beratung bis zur Beratung zum Aufenthaltsrecht. Zudem ergab eine bundesweite Studie, dass ausländische Studierende im Vergleich zu deutschen Kommilitonen ihr Studium öfter abbrechen oder bei der Prüfung durchfallen. Als eine wesentlich Ursache wurde die fehlende soziale Einbindung vermutet, berichtet Isabelle Kappus, eine von drei Mitarbeiterinnen der Servicestelle Interkulturelle Kompetenz (SIK) beim Deutschen Studentenwerk e.V. in Berlin: „In Zeiten, in denen Universitäten global konkurrieren, war dies ein nicht hinzunehmender Befund. Alle Akteure wussten: Sie müssen mehr für ein gelingendes Miteinander tun.“

Kulturelle Aspekte in der Beratung

Für die Studentenwerke hieß das zunächst: Sie wollten viele ihrer insgesamt 17.000 Angestellten dafür sensibilisieren, wie das Zusammenspiel mit Menschen aus anderen Kulturen noch besser gestaltet werden kann. Gerade in der Beratung

sei es wichtig, kulturelle Aspekte zu berücksichtigen. „Ansonsten können Missverständnisse entstehen, was die Klärung der Sache erschwert“, sagt Isabelle Kappus.

In den Fortbildungen und interkulturellen Trainings, die die vom Bundesforschungsministerium geförderte SIK anbietet, werden daher etwa die vielen unterschiedlichen Formen der Begrüßung thematisiert – entweder mit Handschlag, mit Küsschen oder ohne jede Berührung. Oder was eine angemessene Distanz während eines Gesprächs ist. Was die einen für aufdringlich halten, kann für andere Ausdruck von Ignoranz sein. „Wir wollen keine genauen Handlungsanweisungen geben, sondern vor allem für die eigenen und für andere kulturelle Standards sensibilisieren“, sagt Isabelle Kappus. „Erst so wird ein kultursensibler Umgang möglich.“

Bei Konflikten vermitteln

Auch alle Tutorinnen und Tutoren durchlaufen einen solchen Workshop. Ein entsprechendes Handbuch, das die Servicestelle entwickelt hat, ermöglicht es den einzelnen Studentenwerken, Basistrainings selbst durchzuführen. Zusätzlich gibt es spezialisierte Workshop-Angebote für die Tutoren: etwa zur Veranstaltungsorganisation sowie zur Konfliktvermittlung. Auch hier wollen kulturelle Eigenheiten bedacht sein. So hat bei einer Einladung für viele Chinesen das gemeinsame Essen eine herausgehobene Bedeutung – während sie auf den anschließenden informellen Teil des Abends gern verzichten. Davkharbayar Khurelbaatar hat in einem Workshop hinzugehört: „Es kann sein, dass es der andere als beleidigend empfindet, wenn man den angebotenen Tee ablehnt. Du musst ihn zumindest annehmen, aber nicht unbedingt trinken.“

Die Konflikte, bei denen der 28-Jährige vermittelt, sind überschaubar, meist geht es um Ruhestörung, wenn einige Bewohner Party machen, während die anderen schlafen oder lernen wollen. Für ihn gilt die Devise: „Man muss sich viel austauschen, um sich zu verstehen.“

Die Bedürfnisse und Möglichkeiten der ausländischen Studierenden berücksichtigen, das sei längst in allen Bereichen der Studentenwerke Leitprinzip gewor-



Studentin Anna wohnt im selben Wohnheim wie Davkharbayar Khurelbaatar und hat sich ein paar mal bei ihm Rat geholt.
Foto: Bayasgalan

den, sagt Isabelle Kappus. In den Mensen werde auf internationale Speisekarten geachtet. Bei der Belegung der Wohnheime haben die Angestellten ein Auge darauf, dass die Studierenden mit Menschen aus der eigenen Kultur, aber auch aus anderen Ländern zusammenleben. Außerdem machen sich die Servicestelle und das Deutsche Studentenwerk auch öffentlich für die Belange ausländischer Studierender stark. Isabelle Kappus: „Wir konnten kürzlich durchsetzen, dass für

Studierende aus dem Ausland die bisherige Regelung der Verdienstmöglichkeiten verbessert wurde“. Jetzt können sie an 120 ganzen oder an 240 halben Tagen im Jahr nebenher arbeiten.

Auch Davkharbayar Khurelbaatar möchte ein Sprachrohr für „seine“ Studierenden sein. Bald will er mit einer Umfrage herausfinden, was im Wohnheim fehlt. Und mit seiner neuen Kollegin aus China will er ein interkulturelles Weihnachtsfest organisieren. Bernd Schüler

Kontakt

Deutsches Studentenwerk e. V.
 Servicestelle Interkulturelle Kompetenz
 Isabelle Kappus
 Monbijouplatz 1,
 10178 Berlin
 Tel.: 030/297727-70,
 E-Mail: isabelle.kappus@studentenwerke.de
 www.studentenwerke.de

„Eine Gesellschaft der Vielfalt“

Professor Barbara John über Wege zur Interkulturellen Öffnung in Berlin

Ende 2010 hat Berlin als erstes Bundesland ein Integrationsgesetz verabschiedet, das „Gesetz zur Regelung von Partizipation und Integration in Berlin“. Der Paritätische Landesverband Berlin hat bereits 2006 auf Initiative der Fachgruppe Migration Leitlinien für die interkulturelle Öffnung beschlossen. Für Barbara John, Vorsitzende des Paritätischen in Berlin sind das wichtige Schritte auf dem Weg zu einer „Gesellschaft, in der Vielfalt die Regel und Teil des Ganzen ist“.

Berlin ist seit Generationen eine Stadt der Zuwanderung. Zuwanderer haben diese Stadt mitgestaltet. Heute kommt jeder vierte Berliner aus einer Familie mit Zuwanderungsgeschichte. Fast die Hälfte der Kinder im vorschul- und schulfähigen Alter haben Familienangehörige, die in den letzten Jahrzehnten eingewandert sind. Trotzdem stehen wir noch am Anfang einer Entwicklung zu einer vielfältigen, heterogenen Gesellschaft, wenn wir uns mit den klassischen Einwanderungsmetropolen und Ländern vergleichen“, betont Professor Barbara John in Ihrem Vorwort der Broschüre „Vielfalt im Alltag“ gestalten. In dieser Publikation schildern der Landesverband Berlin und Mitgliedsorganisationen aus den verschiedenen Bereichen sozialer Arbeit ihre Wege zur interkulturellen Öffnung.

Der einzelne Mensch im Blickpunkt

„Interkulturelle Ausrichtung unserer öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen bedeutet nichts anderes, als dass wir ein Verwaltungsprinzip oder ein Serviceprinzip anwenden, das so-

wieso gilt und das wir nicht für die Zuwanderer neu erfinden müssen: eine bürgernahe, auf den Einzelnen zugeschnittene Verwaltung und öffentliche Dienste“, betont Barbara John, die auch Vorstandsmitglied des Paritätischen Gesamtverbands ist.

Arbeit auf vielen Ebenen

Der Paritätische Berlin arbeite auf vielen Ebenen an der Interkulturellen Öffnung, auf der strukturellen, fachlichen und persönlichen Ebene, in Kitas, der Jugendhilfe, den Beratungsstellen für Frauen und Familien, den Diensten für Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Behinderungen, in der Selbsthilfe, der Stadtteilarbeit und in den Einrichtungen der Altenhilfe. „Mit Leitlinien können wir als Verband notwendige Rahmenbedingungen anstoßen. Diese mit Leben zu füllen, kann jedoch nur gelingen, wenn alle Beteiligten überzeugt sind, dass Vielfalt die Regel und Teil des Ganzen ist, für das wir gemeinsam Verantwortung übernehmen und das wir gemeinsam gestalten. Es gibt keine Patentrezepte, keine Gebrauchsanweisungen, sondern die

kreative, sensible und fachkompetente Suche nach Lösungen für konkrete soziale Aufgaben. Diese können nur vor Ort von den Einrichtungen sowie



Foto: Gisela Schuster

deren Mitarbeiterinnen und deren Mitarbeitern entwickelt werden.“ Auch den Verband selbst sieht John weiter gefordert: Auf der strukturellen Ebene habe er mit seinem Verbandsleitbild und mit den Leitlinien zur Interkulturellen Öffnung bereits einiges zu bieten. Auch in der Gremienarbeit seien Migrantenorganisationen und Menschen mit Migrationshintergrund an den Fachgruppen stark beteiligt. Doch im Bereich der Personalpolitik und der Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund an den Strukturen des Verbandes bleibe noch einiges zu tun, räumt John ein. Hier machten auch die Leitlinien des Gesamtverbands wichtige Vorschläge, wie die Interkulturelle Öffnung vorangebracht werden könne.

Im Themenheft „Vielfalt im Alltag gestalten“ schildern sowohl der Paritätische Landesverband Berlin als auch Mitgliedsorganisationen ihre Erfahrungen mit der interkulturellen Öffnung. Das Heft gibt es zum Download auf www.paritaet-berlin.de in der Rubrik Broschüren. Eine Printversion kann bestellt werden per E-Mail an presse@paritaet-berlin.de. Die Texte auf dieser Seite sind Zitate und gekürzte Beiträge aus diesem Themenheft.



Ein Klima, in dem sich jeder willkommen fühlt

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Spräche man folgerichtig von Immigranten statt von „Menschen mit Migrationshintergrund“, hätten die Menschen eine Chance, anzukommen und dazuzugehören. Man hat diesen „Hintergrund“ auch, wenn es die Ur-Ur-Großeltern waren, die nach Deutschland eingewandert sind. Das Etikett Migrationshintergrund kann man niemals loswerden. Es grenzt die Einwanderer, ihre Kinder und Kindeskinde aus und markiert sie als „nicht zugehörig“.

Zugehörigkeitsgefühl ist die Grundlage für eine positive Entwicklung der uns anvertrauten Kinder und für eine wertschätzende Zusammenarbeit zwischen den Erwachsenen in gegenseitigem Respekt und auf Augenhöhe. Damit sich alle zugehörig fühlen können, schaffen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kitas ein Klima, in dem sich jeder willkommen fühlt. Vor allem gilt es, herauszufinden und zu achten, wie die einzelnen selbst gesehen werden wollen: als Berliner Türke, als Deutsche mit libanesischen Wurzeln, schlicht als Deutsche (auch wenn sie aus Polen oder Russland eingewandert sind)? Verstehen sie sich eher als Vietnamesen, Afghanen oder Franzosen in Deutschland – oder als Einwanderer, die hier ihre neue Heimat gefunden haben? Wollen sie Ihre Familiensprache(n) erhalten oder ist ihnen nur wichtig, dass ihre Kinder die

deutsche Sprache beherrschen? Das können die Erzieherinnen und Erzieher nur herausfinden, indem sie mit den Familien den Dialog aufnehmen.

Sprache ist Identität – sie gehört zum Menschen dazu, sie macht ihn aus. Bei uns werden alle Kinder unterstützt, ihre Familiensprache(n) gut zu lernen und zu sprechen. So erleben alle Kinder, dass jedes Ding mehr als einen Namen hat – eine wesentliche Botschaft, die die Neugier auf andere Sprachen weckt...

Keine Frage: Die deutsche Sprache eröffnet allen, die in Deutschland leben, Möglichkeiten für schulischen und beruflichen Erfolg und für die Teilhabe im demokratischen Miteinander. Sprache lernt man am besten, wenn man mitreden darf und gehört wird, wenn einem ein Mitsprache- und Gestaltungsrecht zugestanden wird. Die Kita als Kinderstube der Demokratie macht allen Kindern Lust, Deutsch als die gemeinsame Sprache zu sprechen.

*

„Bildung von Anfang an“ lautet der Leitgedanke der 19 Kindertageseinrichtungen der INA.KINDER.GARTENgGmbH. Pädagogische Grundlage ist der Situationsansatz: Bildung und Erziehung knüpfen immer an der vielfältigen Lebenswelt und dem kulturellen Hintergrund der Kinder und ihrer Familien an.

Regine Schallenberg-Diekmann,
Pädagogische Geschäftsführerin der
INA.KINDER.GARTEN gGmbH

Wildwasser e.V.: Gute Erfahrung mit der Quote

Wildwasser e.V. hat vor 20 Jahren den Beschluss gefällt, bei Stellenbesetzungen eine Quote für Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund einzuführen. Dies war zuerst umstritten, wurde dann aber in vielen Bereichen konsequent umgesetzt. Das kann bedeuten, bei Stellenbesetzungen länger zu suchen, erneut auszuschreiben, Netzwerke zu nutzen, um Stellenausschreibungen zu verschicken, gezielt Praktikantinnen auszubilden. Gelingt es nicht, eine Stelle schnell genug zu besetzen, wird mit befristeten Aushilfen gearbeitet. Es gilt das Prinzip, so lange zu suchen, bis eine geeignete Bewerberin gefunden ist.

Iris Hölling, Geschäftsführerin von
Wildwasser e.V. Berlin
Arbeitsgemeinschaft gegen sexuellen
Missbrauch an Mädchen e.V.

Türkischkurse zur Weiterqualifizierung

Die BAB gGmbH in Berlin ist ein Tochterunternehmen der Lebenshilfe gGmbH. BAB steht für Beratung und ambulante Betreuung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung und ihre Familien. Rund die Hälfte der jungen Menschen, für die die BAB gGmbH da ist, sind nichtdeutscher Herkunft. Die meisten haben türkische Wurzeln, viele stammen aber auch aus dem arabischsprachigen Raum und aus Asien. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sprechen neben Deutsch insgesamt 14 weitere Sprachen. Da es schwierig ist, genügend türkischsprachige Fachkräfte zu finden, haben wir in den vergangenen vier Jahren in Zusammenarbeit mit der Lebenshilfe Bildung Türkischkurse für interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeboten, um diese gezielt weiterzuqualifizieren.

Gisela Flamm, Erziehungs- und
Islamwissenschaftlerin,
Pädagogische Leiterin des Fachbereichs
Migration der Lebenshilfe BAB gGmbH



Unterschriftenübergabe an Umweltminister Peter Altmaier (rechts). Links im Bild: Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, rechts neben ihm Campact-Geschäftsführer Christoph Bautz.

Foto: Jakob Huber|Campact

„Menschen nicht im Dunkeln sitzen lassen“

Eine Reform des Wohngeldgesetzes sowie die Übernahme der Stromkosten von Hartz-IV-Beziehern fordern der Paritätische Gesamtverband und der Deutsche Mieterbund angesichts der dramatischen Energiepreisentwicklung.

Seit 2005 seien die Strompreise um 44 Prozent gestiegen, betonte Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, bei der Vorstellung eines von beiden Verbänden erarbeiteten Konzepts. Für den Beginn des nächsten Jahres sind bereits weitere Erhöhungen angekündigt. Nicht nur Hartz-IV-Bezieher, sondern auch Haushalte knapp über der Hartz-IV-Schwelle sähen sich kaum noch in der Lage, ihre Energiekosten zu zahlen, so Schneider. Die Preisexplosion auf dem Energiemarkt sei bei der Berechnung der Leistungen für Familien in Hartz IV bisher in keiner Weise angemessen berücksichtigt.

60 bis 160 Euro zu wenig

Nach Berechnungen des Verbands ist die im Hartz-IV-Regelsatz veranschlagte Pauschale für Haushaltsstrom je nach Haushaltsgröße um 60 bis 160 Euro im Jahr zu niedrig. Allein 2011 sei daher rund 100.000 Hartz-IV-Haushalten der Strom abgestellt worden, schätzt der Verband. „Wenn wir verhindern wollen, dass hunderttausende Familien im Winter im Dunkeln sitzen, muss die Bundesregierung zügig handeln“, so Schneider. Stromkosten müssten wie Heizkosten in tatsächlicher Höhe übernommen werden. Dringend erforderlich sei die Einführung einer Energiekostenkomponente im Wohngeld, betonte Lukas Siebenkotten, Bundesdirektor des Deutschen Mieterbunds. Das durchschnittlich gezahlte Wohngeld würde dann von 120 Euro auf 160 bis 180 Euro im Monat steigen. Die Gesamtkosten der Reformvorschläge: rund 790 bis 920 Millionen Euro.

Energiekosten fair verteilen!

Gegen höhere Belastung privater Haushalte

Die steigenden Stromkosten drohen immer mehr Menschen über den Kopf zu wachsen. Gemeinsam mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und dem Kampagnennetzwerk Campact setzt der Paritätische Gesamtverband sich dafür ein, dass die Energiewende gerecht und mit sozialem Augenmaß finanziert wird. Vor dem Kanzleramt überreichten sie Umweltminister Peter Altmaier Anfang November 100.000 Unterschriften.

Es ist ein barbarischer Akt, wenn im 21. Jahrhundert 600.000 Haushalten in Deutschland, darunter vielen Haushalten mit Kindern und Babys, der Strom abgestellt wird, weil sie die Kosten nicht bezahlen können“, betonte Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Dass der Paritätische zum ersten Mal mit Umweltverbänden an einem Strang ziehe, so Schneider, habe einen triftigen Grund: „Die ökologische und soziale Frage sind nicht zu trennen.“ Der notwendige Umstieg auf erneuerbare Energien dürfe nicht aufgrund einer ungerechten Finanzierung in Misskredit gezogen werden, mahnte der Hauptgeschäftsführer. Genau dies aber geschehe, wenn mit zahlreichen Ausnahmetatbeständen im Erneuerbare-Energien-Gesetz immer mehr Großunternehmen von den Kos-

ten der Energiewende weitgehend befreit, diese aber den Bürgern aufgeladen würden. „Es ist untragbar, dass einkommensschwache Haushalte mit der von der Bundesregierung verursachten Preistreiberei zusätzlich belastet werden. Die Kosten der Energiewende dürfen die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich nicht weiter verschärfen“, mahnte Schneider. „Die Bürger wollen möglichst schnell auf erneuerbare Energien umsatteln – und Atom- und Kohlestrom den Stecker ziehen“, betonte Campact-Geschäftsführer Christoph Bautz. Aber sie wollten auch, dass die Regierung die Kosten der Energiewende fair verteile. Die Ausnahmen der Industrie von der EEG-Umlage müssten daher endlich auf den Prüfstand und ungerechtfertigte Privilegien gestrichen werden, forderte BUND-Vorsitzender Hubert Weiger.

Armut erreicht Rekordhoch

Alarmierende Trends vor allem in Berlin und Nordrhein-Westfalen

Die Armut in Deutschland ist auf ein Rekordniveau von 15,1 Prozent gestiegen. Dies zeigen neueste Analysen des Paritätischen Gesamtverbands. Die Gründe sieht der Verband unter anderem in einem massiven Ausbau des Niedriglohnsektors und dem Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse. Aber auch darin, dass die Politik keine nennenswerten Schritte erkennen lasse, bisherige gute wirtschaftliche Entwicklungen für einen Abbau der Armut zu nutzen.

Für seinen „Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2012“ hat der Paritätische Daten von 2005 bis einschließlich 2011 ausgewertet. Die amtlichen Armutsquoten, mit denen er in seiner Bilanz arbeitet, beruhen auf dem sogenannten Mikrozensus, einer groß angelegten jährlichen Befragung von Haushalten in Deutschland, die als die valideste Datenquelle angesehen werden kann, wenn es um die Ermittlung von Armutsquoten in Deutschland geht, und die als einzige in der Lage ist, die Quoten relativ zeitnah zu bieten. Indem der Verband statistische Daten seit 2005, die Erkenntnisse aus seinem Armutsatlas von 2011 und die seitdem regelmäßig veröffentlichten regionalen Armutsquoten der statistischen Landesämter und des statistischen Bundesamts zusammengeführt hat, ist er in der Lage, Trends zu analysieren. Und diese sind alarmierend.

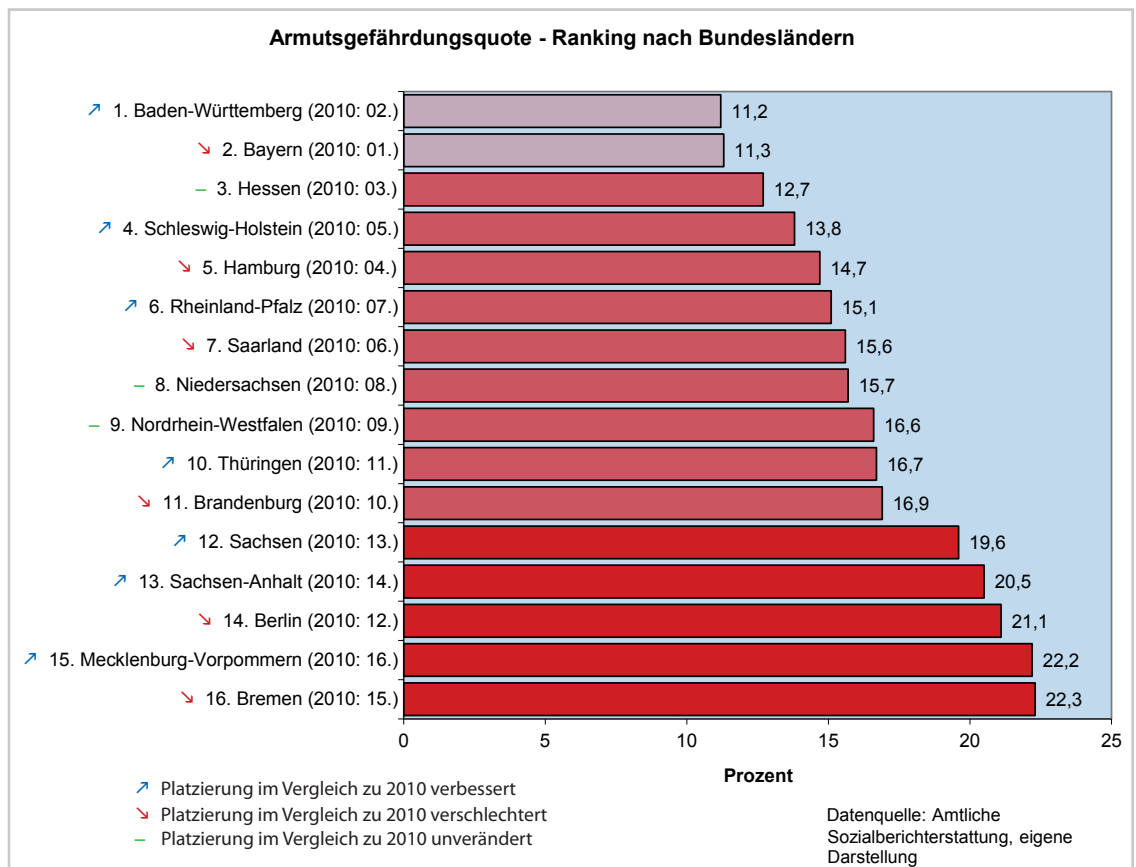
Bei den Ländertrends zeigt sich:
Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind zwar noch eklatant, werden jedoch seit 2005 tendenziell etwas kleiner. Betrug damals die Armutsquote West 13,2 Prozent und die Armutsquote Ost 20,4

Prozent, mithin eine Differenz von 7,2 Prozentpunkten, liegt diese in 2011 gerade noch bei 5,5 Prozentpunkten. „Diese Annäherung resultiert daraus, dass sich die Lage im Osten etwas verbessert hat, gleichzeitig aber eine Verschlechterung der Situation im Westen zu beklagen ist“, so Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen. Im Länderranking (siehe Grafik) löst Baden-Württemberg mit einer Armutsquote von 11,2 Prozent Bayern (11,3 %) an der Spitze ab. Am unteren Ende der Skala steht mit Bremen (22,3 %) erstmals ein westdeutsches Bundesland hinter Mecklenburg-Vorpommern (22,2 %). Berlin ist aufgrund

seiner schlechten Entwicklung vom 12. auf den 14. Platz hinter Sachsen und Sachsen-Anhalt abgerutscht.

Gute Entwicklungen gestoppt:

Konnten im Paritätischen Armutsbericht 2011 noch positive Trends für Hamburg, Brandenburg und Thüringen identifiziert werden, so ist diese gute Entwicklung für Hamburg und Brandenburg erst einmal gestoppt. Geling es, die Armutsgefährdungsquote in Brandenburg seit 2005 von 19,2 Prozent kontinuierlich zu senken auf 16,3 Prozent im Jahre 2010, so ist in 2011 wieder ein Anstieg auf 16,9 Prozent zu beobachten. In Hamburg



stieg die Armutsquote von 2010 auf 2011 sogar um zehn Prozent auf 14,7 Prozent. Lediglich in Thüringen setzte sich die positive Entwicklung fort: Die Armutsquote ging auf 16,7 Prozent zurück – gegenüber 19,9 Prozent in 2005 ein kontinuierlicher Abbau um insgesamt 16 Prozent, der es erlaubt, von einem positiven Trend zu sprechen. Thüringen ist damit das einzige Bundesland mit einer mehrjährigen, klar positiven Armutsentwicklung. Rheinland-Pfalz liegt mit einer Armutsgefährdungsquote von 15,1 Prozent zwar genau im Bundesdurchschnitt, doch auch dort gibt der Trend Anlass zu großer Sorge: auch hier seit 2006 ein Zuwachs um 14,4 Prozent!

Schlechte Entwicklungen beschleunigt

Sehr schlecht sieht es in Nordrhein-Westfalen und Berlin aus. Die negativen Trends haben sich nicht nur fortgesetzt, sondern auffällig verstärkt. So stieg die Armutsgefährdungsquote in Nordrhein-Westfalen von 2010 auf 2011 von 15,4 Prozent auf 16,6 Prozent. Seit 2006 hat sie kontinuierlich um insgesamt 19,4 Prozent zugenommen.

Im Ruhrgebiet ist die Armutsquote von 2010 auf 2011 von 17,4 Prozent auf 18,9 Prozent (plus 1,5 Prozent) gesprungen. Seit 2006 hat die Quote in dieser Region damit um 19,6 Prozent zugelegt. In Berlin sprang sie von 2010 auf 2011 um 1,9 Prozent: von 19,2 Prozent auf 21,1 Prozent. Im Vergleich zu 2006 sind das sogar 24,1 Prozent mehr – Tendenz steigend! Berlin und das Ruhrgebiet stellen damit in der mehrjährigen Betrachtung die mit Abstand besorgniserregendsten Regionen in Deutschland dar. Gemeinsam haben sie, dass es sich bei Berlin mit 3,5 Millionen und dem Ruhrgebiet mit über fünf Millionen Einwohnern um die beiden größten Ballungsgebiete Deutsch-

lands handelt. Mehr als jeder zehnte Bundesbürger wohnt in einer dieser beiden Regionen. Das Ruhrgebiet ist sogar das fünftgrößte Ballungsgebiet Europas.

Wie dramatisch die Dynamik im Ruhrgebiet ist, zeigt der Blick auf einzelne Städte und Regionen: In der Region Duisburg/Essen hat die Armut seit 2006 und in der Region Dortmund seit 2005 um über 24 Prozent zugenommen. In einigen Städten ist die Situation noch alarmierender. In Dortmund stieg die Quote seit 2005 um über 30 Prozent auf 24,2 Prozent. In Duisburg (23,5 %) betrug der Anstieg seit 2006 über 45 Prozent, in Essen (19,8 %) seit 2007 ganze 57 Prozent. Diese bedrohliche Entwicklung wird durch die Hartz-IV-Zahlen noch unterstrichen. So waren im Juli 2011 in Dort-

Bei der Berechnung der Armutsquoten werden Personen in Haushalten gezählt, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen (Median) bedarfsgewichteten Einkommens in Deutschland beträgt. Es wird in diesen Fällen von Armutnähe oder Armutsgefährdung gesprochen. 2011 lag die so errechnete, quasi-amtliche Armutsgefährdungsschwelle für einen Singlehaushalt bei 848 Euro.

mund und Duisburg 17,8 Prozent der Einwohner bis 65 Jahre auf Hartz-IV angewiesen, in Essen waren es 18,2 Prozent und in Gelsenkirchen sogar 21,6 Prozent. Nicht ein einziger Ruhrgebietskreis lag unter dem Bundesdurchschnitt von 9,8 Prozent. Besonders besorgniserregend ist, dass diese Quoten in einzelnen Städten und Landkreisen nicht nur auf sehr hohem Niveau verharren, sondern der Trend sogar nach oben zeigt, wie etwa in Mülheim an der Ruhr, in Hamm, Essen oder Gelsenkirchen.

„Insgesamt bestätigt sich auch im Ruhrgebiet der Bundestrend, wonach die wachsenden Armutsquoten offensichtlich neben einer hohen Arbeitslosigkeit vor allem zwei Aspekten geschuldet sind: dem Niedriglohnssektor, der sich massiv ausbreitet, und der Zunahme von prekären, nicht auskömmlichen Beschäftigungsverhältnissen“, stellt Ulrich Schneider fest. Gute statistischen Erfolge in der Arbeitsmarktpolitik würden ganz offensichtlich mit einer Amerikanisierung des Arbeitsmarkts, dem Phänomen des „working poor“, erkaufte.

Armutsentwicklung hat sich von der Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt

Wichtig, so Schneider, sei auch ein Blick auf die Wirtschaftsentwicklung der vergangenen Jahre. 2006 sei ein signifikantes Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts um vier Prozent noch mit einem Rückgang der Armutsgefährdungsquote von immerhin 0,7 Prozentpunkten einhergegangen. Im Jahr 2010 schlug sich der Wirtschaftsaufschwung um 5,1 Prozent immerhin noch in einer Abnahme der Armutsgefährdungsquote von 0,1 Prozentpunkten nieder. Für 2011 könne jedoch keinerlei positiver Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Armutsentwicklung festgestellt werden. Ganz im Gegenteil: Das Bruttoinlandsprodukt wuchs zwar um 3,9 Prozent. Die Armut stieg jedoch ebenfalls um 4,1 Prozent. Schneider: „Die Armutsentwicklung hat sich ganz offensichtlich endgültig von der Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt. Die Politik scheint nicht willens oder in der Lage, gute wirtschaftliche Entwicklungen so zu nutzen, dass die immer tiefere Spaltung zwischen Arm und Reich in dieser Gesellschaft wenigstens ansatzweise gestoppt würde.“

(Weitere Infos: www.der-paritaetische.de)

Scharf kritisiert hat der Paritätische Gesamtverband die Regierungsbeschlüsse zum Betreuungsgeld und zur Alterssicherung. Die geplanten Maßnahmen seien im Wesentlichen ein dreistes Unterstützungsprogramm für die private Versicherungswirtschaft, kommentierte Hauptgeschäftsführer Dr. Ulrich Schneider. Würden die Pläne zum Betreuungsgeld Realität, gebe sie die

„Unterstützung für die Versicherungsbranche“

Bundesregierung mit ihrem Bildungsriester auf gefährliche bildungspolitische Abwege. Erstmals würden Bildungschancen von privater Vorsorge abhängig gemacht. Das sei der Einstieg in die neoliberale Privatisierung von Bil-

dungsleistungen, so Schneider. Auch bei den Rentenbeschlüssen handele es sich bestenfalls um politisches Blendwerk. „Altersarmut wird mit diesem 10-Euro-Placebo keinesfalls verhindert.“ Auf die sogenannte Lebensleistungsrente, die nur knapp über der Grundsicherung liege und zudem an private Vorsorge gebunden sei, hätten überdies nur ganz wenige Menschen Anspruch.



Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit

[Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren](#) ist Ziel einer gemeinsamen Initiative des Paritätischen Gesamtverbands und des FDP-Sozialexperten Pascal Kober. Sie schlagen ein Modell zur Integration schwer vermittelbarer Langzeitarbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt vor.

Wir haben in Deutschland rund 400.000 Menschen, denen die bisherige Arbeitsmarktpolitik keinerlei Perspektive eröffnet. Das ist ein Zustand, den wir nicht länger hinnehmen wollen“, so Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. „Auch diese Menschen haben ein Recht darauf, ihren Lebensunterhalt verdienen zu können, sprich: dafür zu arbeiten.“ Das Geld, das bereitgestellt werden müsse, um für die Betroffenen Arbeitsmöglichkeiten und entsprechende Unterstützung zu schaffen, sei weitaus besser investiert, als wenn der Staat damit deren fortdauernde Arbeitslosigkeit finanziere. „Es müssen endlich die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Gelder aus der Grundsicherung zur Finanzierung öffentlich geförderter Beschäftigung verwendet werden können“, fordert Schneider. „Für diesen Gedanken wollen wir werben und ver-

suchen, politische Partner zu gewinnen.“ Es gebe durchaus Wege, markt-nahe Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen zu schaffen, die aus unterschiedlichen Gründen auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance mehr bekämen, so Schneider und Kober bei der Vorstellung ihres Modells. Danach sollen Langzeitarbeitslose entweder bei einem sozialen Beschäftigungsunternehmen angestellt werden, das für sie Tätigkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt akquiriert, oder in eine „assistierte Beschäftigung“ bei einem Unternehmen vermittelt werden. In diesem Fall könnten sie in der Firma von einer Betreuungskraft dort unterstützt werden, wo sie dies benötigen.

Finanzierungsmix

Der Lohn soll sich aus Leistungen der Grundsicherung, dem Zuschuss für Unterkunftskosten vom Jobcenter und einem Arbeitgeberanteil zusammensetzen. Zur Finanzierung der innerbetrieb-

lichen Betreuung könnte Geld aus dem Etat für Arbeitsmarktmaßnahmen genutzt werden. Wichtig ist sowohl Schneider als auch Kober, dass niemand in ein solches Arbeitsverhältnis gezwungen werden darf. Gleichzeitig sollte es aus ihrer Sicht aber auch nicht zeitlich befristet werden. Und, so Schneider: „Notwendig ist die Flankierung solcher Maßnahmen durch die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns, den der Verband ohnehin fordert.“ Der FDP-Bundestagsabgeordnete Kober, der aus Baden-Württemberg stammt, zeigte sich überzeugt, dass mit derartigen Beschäftigungsmodellen beispielsweise so manchem Handwerksbetrieb geholfen werden könne, der unter Fachkräftemangel leide. Wenn sich die Betriebe Gedanken machten, wie sie Arbeitsprozesse neu strukturieren könnten, sei es möglich, mit der assistierten Beschäftigung Fachkräfte von Tätigkeiten zu entlasten, die auch weniger qualifizierte Menschen übernehmen könnten.

„Betroffene müssen gehört werden“

Paritätischer kritisiert Gesetzgebungsverfahren zur Zwangsbehandlung

Massiv kritisiert hat der Paritätische das Gesetzgebungsverfahren zur medizinischen Zwangsbehandlung von Menschen mit psychischer oder geistiger Behinderung. In einem Offenen Brief an Fachpolitiker, Fraktionsspitzen, Justizministerkonferenz und Patientenbeauftragte forderte Verbandsvorsitzender Professor Dr. Rolf Rosenbrock ein Verfahren, das der menschenrechtlichen und grundrechtlichen Relevanz des Themas gerecht wird.

Mit Blick auf die Selbstbestimmung der Betroffenen und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention müsse Menschen mit seelischer oder geistiger Behinderung beziehungsweise deren Interessenvertretern in einem angemessenen Zeitrahmen Gelegenheit zur Anhörung beziehungsweise zur Stellungnahme gegeben werden, so Rosenbrock. Es gebe bei diesem Thema noch großen Diskussionsbedarf. Das Gesetzgebungsverfahren zur Regelung der betreuungsrechtli-

chen Einwilligung in eine ärztliche Zwangsmaßnahme sei aber so knapp terminiert und die Verbände so spät informiert worden, dass sie kaum eine Möglichkeit zur Reaktion hätten.

Der Bundesbeauftragte für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe, (CDU) unterstützte schriftlich die Forderung des Paritätischen: „Auch wenn hinsichtlich einer Neuregelung Eile geboten scheint, so darf doch das grundlegende Motto der UN-Behindertenrechtskonvention ‚Nichts über uns ohne

uns‘ nicht außer Acht gelassen werden.“ Der Verband kritisiert unter anderem, dass der Gesetzentwurf von einer „Einwilligungsunfähigkeit“ der Betroffenen ausgehe. Laut UN-Konvention müsse jedoch von „freiwilliger Zustimmung“ gesprochen werden. Sonst bestehe die Gefahr, dass Fälle, in denen Patienten ihren Willen nicht äußern könnten, eventuell nicht als Zwangsbehandlung eingestuft würden, auch wenn der Betroffene die Behandlung möglicherweise ablehne.

Schwerkranke zur Kündigung gedrängt

Krankenversicherung KKH-Allianz räumt 199 Fälle ein

Eine der größten gesetzlichen Krankenkassen Deutschlands, die KKH-Allianz, geriet im Oktober in die Schlagzeilen, nachdem das ZDF-Magazin Frontal 21 berichtete, die Versicherung dränge schwerkranke, pflegebedürftige Versicherte heraus, weil diese ihr zu teuer seien. Während die Versicherung dies zunächst bestritt und erklärte, es sei bei den Telefonaten lediglich um ausstehende Zusatzbeiträge gegangen, berichteten Betroffene in der ZDF-Sendung, wie sie am Telefon zur Kündigung gedrängt worden seien. Auch interne Telefonprotokolle belegten laut Frontal 21, dass dies keine Einzelfälle seien.

Professor Rolf Rosenbrock: Ein Skandal

Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Gesundheitsökonom und Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands, bezeichnete das Vorgehen der KKH-Allianz in der ZDF-Sendung als skandalös und nicht mit dem Auftrag einer ge-

setzlichen Krankenkasse vereinbar, die eine Solidargemeinschaft sei und damit verpflichtet, alle Versicherten gleich zu behandeln. „Wenn die Krankenkasse von besonders teuren Patienten mit schweren chronischen Erkrankungen Daten sammelt, dann sollte das dem Zweck dienen, diese Versicherten besonders zu betreuen, damit sie ordentlich und qualitativ hochwertig versorgt werden, und nicht dem Ziel, sie aus der Krankenkasse herauszudrängen“, sagte Rosenbrock. Auch der Wettbewerb zwischen den Krankenkassen könne ein solches Vorgehen gegen besonders teure Versicherte, die in der Regel Patienten mit schweren chronischen Erkrankungen seien, nicht rechtfertigen. „Die Krankenkasse hat zu garantieren, dass jeder Versicherte eine vollständige und hochwertige Krankenversorgung erhält.“

Die KKH-Allianz veranlasste aufgrund der Vorwürfe eine interne Prüfung und übergab dem Bundesversicherungsamt

Mitte November den Prüfbericht. Demnach hat die KKH-Allianz in insgesamt rund 1.100 Telefonaten versucht, „gemeinsam mit säumigen Zusatzbeitragzahlern Lösungen wie Stundung, Ratenzahlung oder Erlass zu finden“.

„In inakzeptabler Weise Wechsel der Krankenkasse nahegelegt“

Die Telefonprotokolle belegen der Versicherung zufolge aber auch, „dass in 199 Fällen Betroffenen auf inakzeptable Art und Weise ein Wechsel der Krankenkasse nahegelegt wurde ... Als wesentliche Ursache für die Verhaltensweisen wurde eine unzureichende Überwachung der handelnden Mitarbeiter durch Vorgesetzte der Kasse ermittelt.“ In diesem Zusammenhang sähen es die Aufsicht und die KKH-Allianz als notwendig an, als Konsequenz unverzüglich Verbesserungen in internen Prozessabläufen und in internen Kontrollverfahren vorzunehmen, um derartige Fälle künftig zu vermeiden.

Im Berliner Centre Monbijou präsentierten sie die neuesten Ergebnisse des Forschungsprojekts „Schlüssel zu guter Bildung, Erziehung und Betreuung“ (von links nach rechts): Norbert Hocke (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) Marion von zur Gathen (Paritätischer Gesamtverband) Doris Beneke (Diakonie Deutschland) sowie die Forscherinnen der Alice Salomon Hochschule Berlin: Professor Dr. Susanne Viernickel und Professor Dr. Iris Nentwig-Gesemann.

Foto: Bauer



„Meilenstein praxisorientierter Forschung“

Schlüssel zu guter Bildung, Erziehung und Betreuung – wichtige Ergebnisse

Drei Verbände – ein Ziel: Gemeinsam haben der Paritätische Gesamtverband, die Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ein dreigliedriges Forschungsprojekt auf den Weg gebracht, um zu besseren Rahmenbedingungen für eine qualitativ gute Bildung, Erziehung und Betreuung in Kindertagesstätten beizutragen. Die Ergebnisse der zweiten Forschungsphase wurden jetzt bei einer Tagung in Berlin vorgestellt.

In der Folge des „PISA-Schocks“ im Jahr 2000 hat die frühkindliche Bildung enorm an Bedeutung und Aufmerksamkeit gewonnen. In allen Bundesländern wurden Bildungsprogramme, Bildungspläne oder Bildungsempfehlungen erarbeitet und eingeführt. Obwohl die Anforderungen an die pädagogischen Fachkräfte in der Vorschulerziehung enorm gestiegen sind, hat es bei den strukturellen Rahmenbedingungen, unter denen die Erzieherinnen und Erzieher arbeiten, keine nennenswerten Verbesserungen gegeben. Ganz im Gegenteil: Seit klar ist, dass es für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr von August 2013 an einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz gibt, beschränkt sich die politische Debatte im Wesentlichen auf den quantitativen Ausbau der Betreuungskapazitäten. Qualitative Aspekte sind weitgehend aus dem Blick geraten. Dem wollen der

Paritätische Gesamtverband, Diakonie und GEW entgegneten. Bereits 2007 starteten sie das erste von insgesamt drei Forschungsvorhaben. Unter dem Titel „Schlüssel zu guter Bildung, Erziehung und Betreuung“ setzte ein Forscherinnen-Team der Alice Salomon Hochschule die aus den Bildungsplänen resultierenden Qualitätsziele in Bezug zu den vorhandenen Rahmenbedingungen und erarbeitete, – so der Forschungstitel – „wissenschaftliche Parameter für die Fachkraft-Kind-Relation“, also einen den Anforderungen entsprechenden Personalschlüssel für Kindertagesstätten.

Bundesweite Befragung

In der zweiten Forschungsphase, die jetzt abgeschlossen wurde, nahmen die Wissenschaftlerinnen Professor Dr. Iris Nentwig-Gesemann und Professor Dr. Susanne Viernickel unter der Überschrift „Bildungsaufgaben,

Zeitkontingente und strukturelle Rahmenbedingungen in Kindertageseinrichtungen“ Qualitätsziele und deren Realisierung in der Praxis genauer unter die Lupe. Sie befragten bundesweit mehr als 1.200 Erzieherinnen und Leitungskräfte aus 680 Kitas, inwieweit sie die in den Bildungsprogramm festgelegten Anforderungen umsetzen und unter welchen Rahmenbedingungen sie arbeiten: wie die Personalschlüssel und Dienstplangestaltung aussehen, wie sich die Teams zusammensetzen, welche Größen und Altersstruktur die Kitagruppen haben und vieles mehr. 20 Punkte umfasste der Fragebogen. Hinzu kamen 21 Gruppendiskussionen mit Einrichtungsteams in drei Großstädten. Bei der repräsentativen Befragung, so die beiden Professorinnen, zeigten sich erhebliche Unterschiede zwischen Kitas in Ost und West. So kommen in den östlichen Bundesländern im um

Ausreißer bereinigten Durchschnitt (Median) auf eine Fachkraft 6,3 Kinder. In den westlichen Bundesländern sind es 5,8 Kinder. Diese Unterschiede beim Personalschlüssel werden verstärkt durch Ausfallzeiten aufgrund von Urlaub, Krankheit und Fortbildungen. In den alten Bundesländern betragen diese rund 13,8 Prozent, in den neuen 17,4 Prozent.

Deutliche Diskrepanzen gibt es bundesweit bei den Zeitkontingenten, die für die Vor- und Nachbereitung der pädagogischen Arbeit (mittelbare pädagogische Arbeitszeit) zur Verfügung stehen: Für die Bereiche Beobachtung und Dokumentation, Sprachförderung und Zusammenarbeit mit den Eltern sowie die Gestaltung des Übergangs von der Kita in die Grundschule bräuchten die Erzieherinnen nach eigener Einschätzung mindestens sechs Stunden pro Woche. In der Realität blieben aber nur drei Stunden Zeit.

Bedürfnisse jüngerer Kinder werden im Personalschlüssel nicht berücksichtigt

Auch die Aufnahme von Kindern im Alter von zwei Jahren in Kitagruppen habe sich nicht auf die Gruppengröße und den Personalschlüssel ausgewirkt, fanden die Wissenschaftlerinnen heraus. „Dies spricht für eine reine Anpassung der Altersstruktur nach unten, ohne dass die besonderen Bedürfnisse jüngerer Kinder... berücksichtigt werden.“

„Die frühpädagogischen Fachkräfteteams nehmen aktuell eine sehr große Diskrepanz zwischen den an sie gestellten und in den Bildungsprogrammen formulierten Anforderungen und den zur Verfügung stehenden Rahmenbedingungen wahr“, heißt es im Forschungsbericht. Die Teams arbeiteten demzufolge im Spannungsfeld eines massiven Umsetzungsdilemmas. Erlebten die Fachkräfte permanent eine Diskrepanz zwischen Anforderungen und Umsetzungsmöglichkeiten, könne dies zum Gefühl der Überforderung, zu hohen psychischen Belastungen, Angst und Krankheit führen, mahnen die Forscherinnen. Sie halten unter anderem eine Verbesserung der Personalschlüssel und die Berücksichtigung angemessener Zeiteressourcen für Leitungsaufgaben für dringend erforderlich. Auch in Fragen der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie im Hinblick auf die gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung des Berufs seien deutliche Verbesserungen nötig.

Basis für politische Forderungen

Die Forschungsergebnisse sind aus Sicht der drei Verbände eine wichtige, wissenschaftliche fundierte Grundlage, auf deren Basis nun konkrete politische Forderungen erarbeitet werden könnten. „Wir hoffen, mit diesen Ergebnissen deutliche Impulse zu setzen“, betonte Marion von zur Gathen,

Leiterin der Abteilung Soziale Arbeit beim Paritätischen Gesamtverband. Eine stärkere fachpolitische Auseinandersetzung um die notwendigen Rahmenbedingungen in Kindertageseinrichtungen sei angesagt. Aber auch für die kritische Reflexion in den Kita-Teams über das eigene Verständnis von Qualität der pädagogischen Arbeit und für die künftige Ausgestaltung böten die Forschungsergebnisse viel Material.

Konkurrenz um Mittel

Doris Beneke, Leiterin des Zentrums Familie, Bildung und Engagement bei der Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband sprach gar von einem „Meilenstein der praxisorientierten Forschung“. Norbert Hocke, Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft betonte, dass der Bereich der Frühpädagogik im Kampf um öffentliche Finanzen künftig noch stärker mit anderen Sektoren der Daseinsvorsorge konkurrieren müsse. Die Forschungsergebnisse lieferten wichtige Argumente für eine sinnvolle Verteilung der knappen finanziellen Ressourcen. (Die Studie wird Anfang 2013 veröffentlicht.)

Das Forschungsprojekt wird nun mit der dritten Phase fortgesetzt, in deren Mittelpunkt das Thema Inklusion in elementarpädagogischen Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsinstitutionen steht.

Ulrike Bauer

Die Gewinner des Deutschen Sozialpreises 2012

Mehr als 450 Journalistinnen und Journalisten haben sich um den Deutschen Sozialpreis 2012 der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege beworben. Eine unabhängige Jury wählte die besonders herausragenden Arbeiten aus.

In der Sparte Fernsehen gewann Christel Sperlich mit ihrem Beitrag „Hungerlohn trotz Vollzeitjob“. Die Reportage, die vom Rundfunk Berlin Brandenburg ausgestrahlt wurde, berichtet am Beispiel dreier Protagonisten über die wachsende Zahl von Ar-

beitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die trotz Ausbildung und Vollzeitbeschäftigung so wenig verdienen, dass sie zusätzlich Sozialleistungen beantragen müssen.

Gabriele Stötzer gewann den Hörfunkpreis mit „Frauenzuchthaus Hoheneck – Demütigung, Willkür, Verrat“. Die Reportage über das berüchtigte Frauengefängnis in der ehemaligen DDR beleuchtet das Schicksal der einstigen Häftlinge und ihrer Kinder, die auch heute noch vom Trauma gezeichnet sind und lange aus Scham und Angst

geschwiegen haben. Die Reportage lief bei MDR FIGARO.

Preisträger in der Sparte Print sind Anita Blasberg und Christian Denso von der Zeitschrift „Die Zeit“. Ihr Dossier mit dem bewusst doppeldeutigen Titel „Unter Menschen“ beleuchtet ein extrem polarisierendes Thema: die Entlassung von Sicherheitsverwahrten infolge eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs. Das Dossier schildert die unvorbereitete Rückkehr eines Betroffenen in eine Gesellschaft, die ihn fürchtet und verachtet.

Patienten stehen im Mittelpunkt

Selbsthilfefreundlichkeit und Patientenorientierung im Gesundheitswesen

Rückblick und Ausblick: Beides stand im Fokus einer Fachtagung des Netzwerks „Selbsthilfefreundlichkeit und Patientenorientierung im Gesundheitswesen“ Ende Oktober in Essen. Denn auch nach dem Auslaufen der Projektförderung ist geplant, die Aktivitäten zur Stärkung der Kooperation zwischen der Selbsthilfe und Einrichtungen des Gesundheitswesens fortzusetzen.

2009 wurde das „Netzwerk Selbsthilfefreundlichkeit und Patientenorientierung im Gesundheitswesen“ gegründet. Sein Ziel: die Selbsthilfefreundlichkeit in Einrichtungen des Gesundheitswesens befördern und nachhaltig verankern. Dazu wurde von Mitarbeiterinnen der Selbsthilfekontaktstelle Bielefeld unter Mitwirkung von Vertreterinnen und Vertretern der Selbsthilfe und des Gesundheitswesens ein praxisnahes methodisches Konzept entwickelt, das den Aufbau nachhaltiger Kooperationsstrukturen zwischen Gesundheitseinrichtungen und der Selbsthilfe gezielt unterstützt. Das Konzept umfasst ein Verfahren und ein Bündel von Instrumenten, die es Selbsthilfeorganisationen und Gesundheitseinrichtungen wie etwa Krankenhäusern und Arztpraxen ermöglichen, die Zusammenarbeit syste-

matisch zu gestalten und fest im Alltag der Einrichtungen zu verankern. Viele Selbsthilfegruppen und -initiativen kooperieren schon länger mit Krankenhäusern oder Arztpraxen. Oftmals sind die Kooperationen jedoch vom besonderen Engagement einzelner Personen abhängig, sei es auf Seiten der Ärzteschaft, der Pflegekräfte und Therapeuten oder auch der Selbsthilfe. Damit ist die Kontinuität im Falle eines Personalwechsels nicht selten gefährdet.

Kliniken und Arztpraxen ausgezeichnet

Inzwischen hat das Netzwerk bereits 16 Krankenhäuser und acht Arztpraxen als selbsthilfefreundlich ausgezeichnet. Um sich so nennen zu dürfen, müssen die Kliniken und Praxen gemeinsam mit Vertretern aus örtlichen Selbsthilfegruppen und der je-

weiligen Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen die „Qualitätskriterien Selbsthilfefreundlichkeit“ erfolgreich umgesetzt haben. Dazu gehört unter anderem, dass die Gesundheitseinrichtungen Räume für Treffen von Selbsthilfegruppen zur Verfügung stellen, diese bei der Öffentlichkeitsarbeit unterstützen und ihnen ermöglichen, in der Einrichtung Informationsmaterial zu präsentieren. Aber auch, dass sie ihre Patienten direkt über die Selbsthilfe informieren und eine Selbsthilfebeauftragte oder einen -beauftragten benennen. Hinzu kommen die Einbeziehung der Selbsthilfe in die Fort- und Weiterbildung des Personals und ein regelmäßiger Erfahrungs- und Informationsaustausch. Bei der Tagung berichteten Sandra Knicker, die Selbsthilfebeauftragte des Klinikums Bielefeld, Beate Nieding



Sie zogen Bilanz eines erfolgreichen Projekts und blicken optimistisch nach vorne (von links): Achim Weber (Selbsthilfereferent beim Paritätischen Gesamtverband), Dr. Dagmar Siewerts (Kordinatorin des Netzwerks), Cord Wellhausen (stellvertretender Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands und Vorsitzender des Landesverbands NRW), Christa Steinhoff-Kemper (Selbsthilfekontaktstelle Bielefeld), Monika Bobzien (Agentur Selbsthilfefreundlichkeit NRW), Katharina Benner (Fachreferentin des Paritätischen in NRW) und Michael Bellwinkel vom BKK Bundesverband.

Das Netzwerk „Selbsthilfefreundlichkeit und Patientenorientierung im Gesundheitswesen“ wurde gegründet von der

- GSP – Gemeinnützige Gesellschaft für soziale Projekte mbH, der Projektgesellschaft des Paritätischen Landesverbands Nordrhein-Westfalen (Wuppertal)
- der Nationalen Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen – NAKOS (Berlin)
- dem Institut für Medizinische Soziologie, Sozialmedizin und Gesundheitsökonomie (IMSG) des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf
- und dem Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BKK BV) sowie dem BKK-Landesverband NORDWEST

von der Alzheimer Gesellschaft Münster e.V. und Renate Ostendorf (Selbsthilfekontaktstelle Münster) von ihren guten Erfahrungen mit der verbindlichen Kooperation. Das Klinikum Bielefeld wurde im September 2011 als erstes „Selbsthilfefreundliches Krankenhaus“ ausgezeichnet. Schon bevor die Klinik und die Selbsthilfegruppen mit Unterstützung der Selbsthilfekontaktstelle Bielefeld das Konzept umgesetzt hätten, habe die Alzheimer Gesellschaft Münster gelegentlich mit einzelnen Abteilungen der Klinik zusammengearbeitet, betonte Beate Nieding. Jetzt aber sei die Kooperation verbindlich festgeschrieben und jede Seite könne sich darauf verlassen. „Es ist klar, wer mein Ansprechpartner ist und wenn ich mich an ihn wende, dann passiert auch etwas.“

Wichtige Voraussetzungen

Christa Steinhoff-Kemper von der Selbsthilfekontaktstelle Bielefeld betonte, dass das Konzept der Selbsthilfefreundlichkeit sowohl von großen als auch von kleinen Kliniken umgesetzt werden könne. Voraussetzung sei, dass es vor Ort kooperationsbereite Selbst-

hilfegruppen gebe, die auch personell in der Lage seien, die Kooperation mit Leben zu füllen. Wichtig sei aber auch, dass die Leitung der Gesundheitseinrichtung sich klar für das Projekt ausspreche und die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stelle.

Monika Bobzien, die gemeinsam mit Christa Steinhoff-Kemper in der Agentur Selbsthilfefreundlichkeit NRW das Konzept entwickelt hat, betonte, es gebe auch bei Arztpraxen und Reha-Kliniken ein zunehmendes Interesse, sich selbsthilfefreundlich aufzustellen. Als Vertreterin einer Reha-Klinik schilderte Dr. Petra Becker von der Dr. Becker Klinikgesellschaft in einer Diskussionsrunde mit Dr. Ute Winkler vom Bundesgesundheitsministerium und Heike Wöllenstein vom Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenkassen, wie wichtig die Unterstützung durch die Selbsthilfe für die neurologische und orthopädische Reha-Klinik und deren Patienten sei. „Die Selbsthilfe ist im Gesundheitswesen angekommen“, betonte Dr. Ute Winkler.

Landesverband NRW in führender Rolle

Den hohen Stellenwert der Selbsthilfe hob auch Cord Wellhausen, stellvertretender Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands hervor. Er ist zugleich Vorsitzender des Paritätischen Landesverbands Nordrhein-Westfalen, der eine führende Rolle bei der Entwicklung des Konzepts der Selbsthilfefreundlichkeit und der Gründung des Netzwerks spielte. Selbsthilfegruppen und -initiativen seien eine tragende Säule des Paritätischen und hätten den Verband ganz maßgeblich mit geprägt, sagte Wellhausen. In den vielen Zusammenschlüssen der Gesundheitsselbsthilfe zeigten Patientinnen und Patienten, dass sie sich nicht nur als „Empfänger ärztlichen Handelns“ empfänden, sondern einen aktiven Part bei der Bewältigung und Behandlung ihrer Krankheiten übernähmen. Mit ihrem vielfältigen Engagement und ihrem Expertenwissen aus eigener Erfahrung leisteten Selbsthilfeorganisationen zudem wichtige Beiträge zur Weiterentwicklung des Gesundheitswesens. Eine Funktion, die es zu stärken gelte, betonte Wellhausen. Er kritisierte in diesem Zu-

Wegweiser zur Selbsthilfefreundlichkeit

Wer sich intensiver mit dem Thema Patientenorientierung und Selbsthilfefreundlichkeit im Gesundheitswesen beschäftigen möchte, findet wichtige Informationen im Wegweiser „Selbsthilfefreundlichkeit im Gesundheitswesen – Wie sich selbsthilfebezogene Patientenorientierung systematisch entwickeln und verankern lässt“. Herausgeber des 432 Seiten starken Buchs ist Prof. Dr. Alf Trojan vom Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, das 2004 im Rahmen eines Modellprojekts maßgeblich an der Entwicklung von Qualitätskriterien für die Selbsthilfefreundlichkeit beteiligt war. Das Buch kostet 29 Euro und ist im Wirtschaftsverlag NW in Bremerhaven erschienen.

Infos über das Netzwerk Selbsthilfefreundlichkeit und Patientenorientierung im Gesundheitswesen gibt es auf www.selbsthilfefreundlichkeit.de.

sammenhang, dass die Vertreter der Selbsthilfe im Gemeinsamen Bundesausschuss, dem höchsten Gremium der gemeinsamen Selbstverwaltung im deutschen Gesundheitswesen, bislang nur ein Mitberatungs- und Antragsrecht hätten. Dem müsse unbedingt auch das Stimmrecht folgen.

Michael Bellwinkel vom Bundesverband der Betriebskrankenkassen betonte, das Konzept der Selbsthilfefreundlichkeit solle nach der Phase der Entwicklung und Erprobung nun in den Regelbetrieb überführt werden. Sowohl die BKK als auch der Paritätische Gesamtverband planen, die erfolgreich erprobten Aktivitäten zur Förderung der Selbsthilfefreundlichkeit im Gesundheitswesen zu verstetigen. UB

Kontakt

Netzwerk Selbsthilfefreundlichkeit und Patientenorientierung im Gesundheitswesen
 Dr. Dagmar Siewerts
 Tel.: 030/24636-339
dagmar.siewerts@paritaet.org
www.selbsthilfefreundlichkeit.de

„Kultur macht stark“ – wir machen mit

Bündnisse für Bildung – Förderprogramm startet im Januar

Am 1. Januar 2013 startet das neue Förderprogramm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Ziel ist es, mit außerschulischen kulturellen Maßnahmen bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche zu fördern. Der Paritätische Gesamtverband und das Paritätische Bildungswerk Bundesverband sind mit dabei.

Der Paritätische Gesamtverband hat unter der Überschrift „Ich bin HIER“, ein fachlich-pädagogisches Gesamtkonzept erarbeitet, das als Richtschnur für Maßnahmen auf der lokalen Ebene gilt, die über den Verband gefördert werden. „HIER“ steht für Herkunft, Identität, Entwicklung und Respekt. Gefördert werden Maßnahmen, die auf lokaler Ebene mit bildungsbenachteiligten Kindern und Jugendlichen umgesetzt werden. Das kann die Nutzung moderner Medien ebenso einbeziehen wie Tanz und Theater. Wichtig ist, dass sie die jungen Menschen unterstützen, ein positives Selbstbild zu entwickeln, und sie ermutigen, sich an der Gestaltung ihres Sozialraums zu beteiligen. Dabei sollen auch Herkunft und Identität thematisiert werden, Entwicklungsmöglichkeiten erarbeitet und ein respektvoller Umgang mit sich selbst und mit anderen in den Blick genommen werden.

Zentrale Schlüsselkompetenzen sind dabei Sprache und Kommunikation. Die Kinder und Jugendlichen sollen der Intention des Förderprogramms entsprechend dabei unterstützt werden, sich neue Ausdrucksformen zu erschließen, die ihrer individuellen

Entwicklung und ihrem Bildungserfolg zugute kommen.

Die außerschulischen Bildungsangebote im Rahmen von „Ich bin HIER“ richten sich an benachteiligte Kinder und Jugendliche im Alter von zehn bis 16 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund sowie mit und ohne Behinderung. Gefördert werden die unterschiedlichsten Formate – von eintägigen Schnupperkursen über Ferienfahrten bis hin zu drei- oder sechs Monate dauernden Kursen.

Lokale Zusammenschlüsse

Wichtige Voraussetzung ist, dass sich die Akteure auf der lokalen Ebene zu „Bündnissen für Bildung“ zusammenschließen. Diese Bündnisse müssen aus mindestens drei lokalen Akteuren bestehen, wobei wenigstens ein Bündnispartner in der Kinder- und Jugendarbeit erfahren sein sollte. Als Bündnispartner kommen alle zivilgesellschaftlichen Akteure infrage, die gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verfolgen. Dies sind Vereine, können aber auch öffentliche Einrichtungen sein wie Bibliotheken, Theater, Schulen und andere Institutionen. Nur die Bündnisse können Anträge auf Förderung der Maß-

nahmen stellen. Diese Förderanträge können nur über ein elektronisches Verfahren auf einer Homepage des Ministeriums gestellt werden. Deren Adresse stand bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht fest. Nähere Informationen sind auf der Homepage des Paritätischen Gesamtverbands zu finden. „Wer mitmachen will, sollte schon jetzt beginnen, sich Bündnispartner zu suchen und zu verbindlichen Vereinbarungen zu kommen“, betont Marion von zur Gathen, Leiterin der Abteilung Soziale Arbeit beim Paritätischen und zuständig für das Förderprogramm.

Paritätisches Bildungswerk

Das Paritätische Bildungswerk Bundesverband hat ein Konzept erarbeitet, das hauptsächlich auf darstellende Kunst und Musik setzt und als Zielgruppe Zwölf- bis 18-Jährige hat. Es ist gendersensibel angelegt und sieht vor, dass es Extra-Projekte für Jungen und Mädchen gibt. Sie sollen in Gruppen beispielsweise Musicals, Hip Hop- oder Breakdance-Vorstellungen entwickeln, die sie in sozialen Einrichtungen präsentieren. 2014 und 2016 soll es zudem Jugendkulturmessen geben.

Höchste Auszeichnung des Landes Hessen für Barbara Stolterfoht

Die ehemalige Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbands, Barbara Stolterfoht, ist mit der höchsten Auszeichnung des Landes Hessen, der Wilhelm-Leuschner-Medaille, geehrt worden. Mit der nach dem 1944 ermordeten hessi-



schen Innenminister und Widerstandskämpfer benannten Auszeichnung würdigt das Land Hessen das vorbildliche Engagement der 72-Jährigen für das Gemeinwesen. Die Sozialdemokratin war unter anderem von 1995 bis 1999 Staatsministerin im Hessischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung und danach bis 2003 Mitglied des Hessischen Landtags und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfrakti-

on. Ehrenamtliche Vorsitzende des Paritätischen war sie von 2000 bis 2007. Für ihr vielfältiges Engagement wurde Barbara Stolterfoht 2005 bereits mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Der Paritätische würdigte ihre besonderen Verdienste für den Verband und ihr außergewöhnliches sozialpolitisches Engagement 2007 mit der Goldenen Ehrenmedaille.

„Wer einem Kind das Gefühl verbaut dazuzugehören, verbaut ihm ein Stück Kindheit“ mahnte Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands in seiner Eröffnungsrede auf der Fachtagung des Paritätischen Bildungswerks. Zwei Tage ging es dort um Möglichkeiten der Eltern- und Familienbildung sowie der Kinder- und Jugendhilfe, von Armut betroffenen Familien bessere Zukunftsperspektiven zu eröffnen und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. In der Mitte des Fotos am Tisch: Professor Dr. Monika Simmel-Joachim, die Vorsitzende des Paritätischen Bildungswerks.

Foto: Ulrike Bauer



„Armut raubt Kindheit!“

Bildungswerk stellt Ansätze der inklusiven Arbeit vor

Wie können Eltern- und Familienbildung sowie Kinder- und Jugendhilfeträger Familien unterstützen, die von Armut betroffen sind? Welche Wege sind geeignet, um Benachteiligung und sozialer Ausgrenzung zu begegnen? Das war Thema der Fachtagung „Armut grenzt aus – Inklusion als aktuelle Herausforderung für die Zusammenarbeit mit Familien“, zu der das Paritätische Bildungswerk Bundesverband im November in Berlin einlud.

Armut sei nicht nur der Mangel an Geld, sondern auch der Mangel an sozialen Kontakten sowie Zugangsmöglichkeiten zum gesellschaftlichen Leben und führe häufig zu mangelndem Selbstvertrauen, Mut- und Perspektivlosigkeit, betonte Professor Dr. Monika Simmel-Joachim, Vorsitzende des Paritätischen Bildungswerks, zum Beginn der Tagung. „Genau dagegen gilt es anzugehen.“ Im Konzept der Inklusion, das auf der gesellschaftlichen Teilhabe aller Menschen unabhängig von ihrer Lebenslage und Lebensform basiert, sieht sie ein wichtiges Instrument, um Ausgrenzung zu begegnen. Ziel der Fachtagung war es, Anregungen zu geben, wie der Inklusionsansatz in der Arbeit von Kindertagesstätten, Familienzentren sowie Eltern- und Familienbildungseinrichtungen praktisch umgesetzt werden kann.

Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, beeindruckte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Auftakt der zweitägigen Veranstaltung mit einer Rede, in der er die verhängnisvollen Auswirkungen der Armut auf Kinder schilderte. Armut sei inzwischen für die Mehrzahl der betroffenen Familien keine vorübergehende Erscheinung, sondern bedeute in der Regel dauerhafte Perspektivlosigkeit und soziale Ausgrenzung. Wer Kindern die Hoffnung auf eine bessere Zukunft raube und ihnen das Gefühl nehme dazuzugehören, raube ihnen die Kindheit. „Ein Kind, das sich nicht auf den nächsten Tag freuen kann, erlahmt hinsichtlich seiner Entwicklungsfähigkeit“, mahnte Schneider und forderte nicht nur die Erhöhung der Hartz-IV-Leistungen, sondern auch verstärkte Anstrengungen, jun-

gen Menschen Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Aber auch in der Familien- und Jugendarbeit sei es wichtig, Kindern und ihren Familien eine Perspektive zu geben. Mehrere Projekte und Organisationen hatten im Rahmen der Tagung die Möglichkeit, ihre Ansätze zu präsentieren. Darunter das Landesjugendamt des Landschaftsverbands Rheinland, das unter dem Titel „Teilhabe ermöglichen“ kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut unterstützt, das Mehrgenerationenhaus Mütterzentrum Fürth, die jakus gGmbH, die vorstellte, wie Familienräte an Berliner Kitas und Schulen arbeiten, und Armin Kuphal, der von der Gemeinwesenarbeit auf dem Saarbrücker Wackenbergr berichtete. Eine Dokumentation mit den einzelnen Tagungsbeiträgen finden Interessierte auf www.bildungswerk.paritaet.org.

Berufe mit Zukunft

Projekt „Soziale Jungs“ stärkt soziale Kompetenz

Ein neues Jungenprojekt hat das Paritätische Bildungswerk Bundesverband e.V. unter dem Titel „Soziale Jungs SoKo“ gestartet. Engagieren können sich Jungs und junge Männer ab einem Alter von 14 Jahren, die Lust haben, sich in ihrer Freizeit sozial zu engagieren.

Das neue Projekt basiert auf dem Vorläuferprojekt „Soziale Jungs“, setzt jedoch den neuen Schwerpunkt auf Berufsorientierung. Einmal in der Woche besuchen die Jungen Nachmittags ihre Einsatzstellen: Kitas, Seniorenheime, Werkstätten für Menschen mit Behinderung oder auch Krankenhäuser. Sie lernen so nicht nur soziale Berufe kennen und erweitern ihr persönliches Berufswahlspektrum, sondern trainieren auch ihre sozialen Kompetenzen, die für den Lebens- und Arbeitsalltag wichtig sind. Daher der Name SoKo, der für soziale Kompetenzen steht.

Erfahrungen reflektieren

Einmal im Monat treffen sich die Jungen in Gruppen zusammen mit ihren Mentoren und Sozialarbeitern von kooperierenden Jugendhäusern. Die Gruppentreffen bieten den Teilnehmern neben teambildenden Aktionen die Möglichkeit, Erfahrungen zu reflektieren und Unterstützung zu be-

kommen. Zweimal im Halbjahr besuchen die Schüler eine Ausbildungsstätte, wo sie Informationen über soziale Berufe wie Kranken- oder Altenpfleger, Erzieher oder Heilpädagoge sowie die Zugangsvoraussetzungen und den entsprechenden Ausbildungsverlauf erhalten.

Kompetenznachweis

Als Anerkennung gibt es nach 80 Stunden einen Kompetenznachweis, der die Stärken der Jugendlichen detailliert beschreibt und später zusammen mit Bewerbungen vorgelegt werden kann. Das Projekt wird gefördert aus Mitteln des Hessischen Sozialministeriums und vom Jugend- und Sozialamt der Stadt Frankfurt.

Kontakt:

Paritätisches Bildungswerk
Bundesverband e.V.
Heinrich-Hoffmann-Str. 3
60528 Frankfurt
Tel.: 069/6706-234
E-Mail: taylor@pb-paritaet.de

Toolbox unterstützt Sozialbetriebe bei Fachkräftesicherung

Die Auswirkungen demografischer Veränderungen machen sich in immer mehr Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens deutlich bemerkbar. Es fehlt zunehmend an qualifiziertem Nachwuchs, der Altersdurchschnitt von Belegschaften steigt in manchen Einrichtungen rapide, andere haben eine hohe Fluktuation zu verzeichnen. Die Toolbox Personalarbeit unterstützt soziale Träger mit Informations-, Weiterbildungs- und Beratungsangeboten dabei, neue Fachkräfte zu gewinnen sowie bewährte Kräfte zu halten.

„Lernbar“ im Internet

Entwickelt wurde die Toolbox Personalarbeit von der zukunft im zentrum GmbH in Kooperation mit den Paritätischen Landesverbänden Brandenburg und Berlin. Den „Werkzeugkasten“ gibt es in einer Printversion und im Internet (www.toolbox-personalarbeit.de). Er enthält unter anderem Checklisten, Analysewerkzeuge, Infotexte und Fachbeiträge. Die Toolbox beschäftigt sich mit einem Themenspektrum, das von Arbeitgeberattraktivität über betriebliche Gesundheitsförderung bis zur Personalgewinnung reicht. Auf der Website haben Interessierte zudem die Möglichkeit zum Austausch, erhalten Weiterbildungsangebote oder können ein interaktives Online-Training zum Thema Mitarbeitergespräche absolvieren. Darüber hinaus sind in der „Lernbar“ Videovorträge rund um die Fachkräftesicherung und Personalarbeit zu sehen. Der Werkzeugkasten im kompakten Print-Format kann bestellt werden über www.toolbox-personalarbeit.de. Nähere Informationen erhalten Interessierte bei: zukunft im zentrum GmbH
Anne Throl
E-Mail: toolbox@ziz-berlin.de
Tel.: 030/278733 52.

Anzeige

Jetzt Berufsbetreuer werden:

Fernkurs für zertifizierte Vereins-/Berufsbetreuung



Lernen wann und wo Sie wollen: Der neue »Fernkurs für zertifizierte Vereins-/Berufsbetreuung« bietet alles, was Sie als rechtlicher Betreuer wissen müssen.

Dauer: 9 Monate, berufsbegleitend,
Beginn: jederzeit.
Staatliche Förderung durch Bund und Länder möglich.

4 Wochen gratis: www.beck-fernurse.de/Berufsbetreuer

„Alles wird gut“

Für sein Theaterstück „Alles wird gut“ sucht Regisseur Niko von Glasow 14 Akteure: Profis und Laien, mit oder ohne Behinderung. „Alle Schauspieler sind behindert, besonders die guten“, sagt von Glasow, der selbst contergangeschädigt ist. Der Castingprozess, der filmisch dokumentiert wird, erweist sich als ungewöhnliches Ereignis. Plötzlich treffen da die unterschiedlichsten Menschen aufeinander: Menschen mit Ängsten – vor Spinnen, der Einsamkeit, der Stille. Oder der Angst, „mit jemandem nur zusammen zu sein, um nicht mit sich selbst zu sein“. Und Menschen mit Wünschen und Hoffnungen: gesehen zu werden, geliebt zu werden, Anerkennung zu bekommen. Menschen mit Down Syndrom, Menschen im Rollstuhl, Menschen, die nicht sehen können, aber auch Menschen, deren einzige Behinderung es zu sein scheint, dass sie zu viel denken. Lauter „normale“ Menschen also, denen der Regisseur



Regisseur Niko von Glasow
Foto: 2012 Palladio Film | Werner Meyer
extrem nahe kommt, manchmal so nah, dass es schmerzt. Er fordert von ihnen, über sich hinauszuwachsen: Jeder Akteur, jede Akteurin soll im Stück die eigene Rolle entwickeln und dazu erst einmal die versteckten Gefühle wahrnehmen. Vor laufender Kamera! Das gibt dem sehr persönlichen Stück eine große Tiefe und zugleich seine ermutigende Botschaft: Sei du! Der Film ist im November im Kino angelaufen. Nähere Informationen gibt es unter: www.alleswirdgut-derfilm.de.

Magdeburg: Kongress der Sozialwirtschaft

„Beschäftigung innovativ gestalten – Wertschöpfung – Wertschätzung – Wettbewerb“ lautet der Titel des Kongresses der Sozialwirtschaft am 13. und 14. Juni 2013 in Magdeburg. Nähere Informationen gibt es auf der Internetpräsenz www.sozkon.de.

Fundraising-Kongress

Berlin ist im kommenden Jahr vom 24. bis 26. April Veranstaltungsort des 20. Deutschen Fundraising Kongresses. Das Programm und weitere Informationen finden Interessierte im Internet unter www.fundraising-kongress.de.

Beteiligung moderieren

Das Deutsche Kinderhilfswerk bietet von Februar 2013 bis November 2013 eine Ausbildung zur Moderatorin/zum Moderator für Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekte an. Mehr erfahren Interessierte unter www.kinderpolitik.de.

Anzeige

Dell Technologielösungen bis zu **35%*** preiswerter bei Logiway

Schöpfen Sie Ihr Hardware-Budget optimal aus: Setzen Sie auf die Leistungsstärke und Zuverlässigkeit von Dell PCs, Notebooks oder Servern und profitieren Sie von den attraktiven Dell Sonderkonditionen für Mitgliedsorganisationen des Paritätischen.

Wir erstellen Ihnen gern ein Angebot für Ihre Wunschkonfiguration!



PartnerDirect
Preferred

KONTAKT

Bitte rufen Sie uns an,
wir freuen uns auf Sie!

Telefon 0 30 / 7 47 55-750
Telefax 0 30 / 7 47 55-710

paritaet@logiway.de
www.logiway.de/paritaet



Logiway GmbH | Am Borsigturm 52–54 | 13507 Berlin

Logiway

Da sind Sie gut beraten.

* Ersparnis gegenüber dem Listenpreis, die Höhe der Einsparungen variiert je nach Produktgruppe.

Dell Geräte werden nach Ihren Wünschen konfiguriert und gefertigt. Preise für PCs, Notebooks, Server, Zubehör und Peripheriegeräten nennen wir Ihnen gern auf Anfrage.

Starke Gefühle: Vergiss mein nicht

Filme, die sich mit Alzheimer und Demenz beschäftigen, gibt es inzwischen eine ganze Reihe. Und zwar durchaus Sehenswerte wie die Spielfilme „Iris“, „An ihrer Seite“ oder „Small World“. David Sievekings „Vergiss mein nicht“ ist nicht nur ein weiterer Streifen zu diesem Thema, sondern ein ganz besonderer Film. In Locarno hat er bereits in der Reihe „Semaine de la Critique“ den Preis als bester Dokumentarfilm erhalten, in Hessen ebenfalls. Am 31. Januar 2013 kommt er nun in die Kinos – begleitet von einer Lesetour des Regisseurs, der auch ein Buch zum selben Thema geschrieben hat.

„... wie wenig ich über sie weiß“

David Sievekings Mutter Gretel ist mit 68 an Alzheimer erkrankt, ihr Ehemann Malte kümmert sich seit Jahren liebevoll um sie, ist jedoch irgendwann völlig erschöpft. Während er sich bei einem Urlaub in der Schweiz erholt, zieht David bei seiner Mutter ein, sorgt für sie und versucht, mit ihr gemeinsam möglichst viele Erinnerungen an ihr früheres Leben aufzuspüren. Denn, so David Sieveking: „Während meine Mutter das Gedächtnis verliert, wird mir klar, wie wenig ich über sie weiß.“ Rund anderthalb Jahre begleitet die

Kamera nun den Filmemacher und seine Familie, zu der noch die beiden älteren Schwestern des Regisseurs gehören: bis kurz vor Gretel Sievekings Tod am 27. Februar 2012. David Sieveking lernt während dieser Zeit zwei Frauen kennen, die



Filmemacher David Sieveking mit seiner an Alzheimer erkrankten Mutter Gretel
Foto: Adrian Stähli

eine, die seine Mutter früher war: Sprachlehrerin und Fernsehmoderatorin, eine engagierte Sozialistin und Frauenrechtlerin, die sogar in den 1970er Jahren vom Schweizer Staatsschutz überwacht wurde. Und die Frau, die sie durch ihren Gedächtnisverlust geworden ist: „Die Krank-

heit hatte bei ihr auch etwas Befreiendes, indem meine Mutter auf einmal Gefühle zeigte, die sie früher wohl für sich behalten hätte“, sagt Sieveking in einem Interview im Presseheft zum Film.

Mehr und mehr erfährt der Filmemacher auch über die ungewöhnliche Beziehung seiner Eltern, die eine offene Ehe führten – was bei aller Toleranz jedoch auch emotionale Verletzungen zur Folge hatte, die jetzt erst so richtig zur Sprache kommen, da das Ehepaar sich noch einmal auf neue Weise nahe kommt. „Vergiss mein nicht“ ist daher auch nicht „nur“ eine äußerst sehenswerte Dokumentation, sondern zugleich auch ein Film über die Kraft der Liebe. Er zeigt: Auch wenn die Krankheit die Erinnerungen mit sich ins Dunkel reißt, die Gefühle verlieren bis zuletzt nicht an Bedeutung.

Tourdaten

Für einige Städte stehen bereits Termine für die Kino-Lese-Tour David Sievekings fest: Hamburg (28.1.13), Frankfurt am Main (29.1.), Berlin (30.1.), Köln (31.1.) und Hannover (1.2.). Sein Buch „Vergiss mein nicht“ erscheint am 14. Januar im Herder-Verlag.

www.vergissmeinnicht-film.de

Impressum



Magazin des PARITÄTISCHEN

ISSN-1866-1718

Telefon: 0 30/2 46 36-0 · Fax: -110

Internet: www.der-paritaetische.de

E-Mail: nachrichten@paritaet.org

Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:

Ulrike Bauer (UB), Tel.: 0172/6585424

Martin Wißkirchen, Tel.: 030/24636-311

Titelbilder: Corinna Willführ, pro familia

Ulrike Zillmer|Deutsches Studentenwerk

absolut|Fotolia

Verantwortlich für die Landesseiten:

Brandenburg: Andreas Kaczynski

Tel.: 0331/28497-0

Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0

Hessen: Günter Woltering

Tel.: 069/95526220

Mecklenburg-Vorpommern:

Christina Hömke, Tel.: 0385/59221-0

Sachsen: Beate Hennig, Tel.: 0351/4916612

Thüringen: Stefan Werner,

Tel.: 036202/26-231

Für Aufsätze und Berichte, die mit dem Namen des Verfassers/der Verfasserin gekennzeichnet sind, trägt diese/r die Verantwortung. Die Redaktion behält sich Kürzungen von Leserbriefen vor. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung.

Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.

Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr

Anschrift von Herausgeber, Redaktion,

Anzeigenverwaltung und Vertrieb:

Der Paritätische – Gesamtverband,

Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

Bankverbindung:

Bank für Sozialwirtschaft, Mainz,

Kto-Nr. 70 39 500 (BLZ 550 205 00)

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH,
Schwanheimer Straße 110,
60528 Frankfurt am Main

ClimatePartner[®]
klimaneutral

Druck | ID: 10047-1211-1004



SIE KÜMMERN SICH
UM ANDERE.
ER KÜMMERT SICH
UM SIE.



Der Polo für Pflegedienste.

Wer den ganzen Tag unterwegs ist, um zu helfen, darf sich auch selbst mal Unterstützung holen. Zum Beispiel vom Polo¹. Der sorgt mit seinem geräumigen Innenraum, komfortablen Sitzen und unzähligen praktischen Details dafür, dass Sie immer ganz entspannt und sicher zu Ihren nächsten Zielen gelangen. Und mit seinen sparsamen Motoren ist er auch an der Tankstelle eine echte Entlastung. Mehr Informationen erhalten Sie bei Ihrem Volkswagen Partner.

¹Kraftstoffverbrauch des Polo in l/100 km: kombiniert 7,6–3,3, CO₂-Emissionen in g/km: kombiniert 139–87. Abbildung zeigt Sonderausstattung gegen Mehrpreis.



Das Auto.